

14. Juni

4/2024

www.landtag-mv.de



**Tag der offenen Tür
im Landtag am 30. Juni**

+++ Versorgung von Long-Covid-Patienten gewährleisten +++ Bürokratie reduzieren +++ Debatte zu Parteienwerbung an Kitas
+++ Landtag will olympische Segelwettbewerbe in MV +++ Bürokratieentlastung der Landwirtschaft gefordert +++
"Jugend rockt den Landtag" +++ Werkstattbesuch beim Erzengel Michael +++



Titelfoto: Uwe Sinnecker

3	AUS DEM PLENUM	
	Aktuelle Stunde	„Es reicht – Ausländerkriminalität bekämpfen statt verschleiern“ (auf Antrag der Fraktion der AfD)
4 - 12	Auszüge aus der Originaldebatte	Jan-Phillip Tadsen (AfD); Minister Christian Pegel, Daniel Peters (CDU), Michael Noetzel (DIE LINKE), Constanze Oehrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), David Wulff (FDP), Bernd Lange (SPD)
13 – 23	Berichte	Versorgung von Long-Covid-Patienten gewährleisten Debatte zu Vorfall an Gymnasium in Ribnitz-Damgarten Bürokratie verringern Debatte zu Parteienwerbung an Kitas CDU will Clankriminalität stärker bekämpfen Transparenz bei der Wärmewende
24 - 26	Meldungen	Landtag für olympische Segelwettbewerbe in MV Hochwertige Geburtshilfe soll gesichert werden Weniger Bürokratie in Landwirtschaft gefordert Kein Extra-Fonds für Kriegsdenkmale Landesweites Carsharing beabsichtigt Maßnahmen gegen Krise in der Bauwirtschaft
27		Ergebnisse der Europawahl und Kreistagswahl
28 - 32	Befragung der Landesregierung	
33 - 34	Gesetzgebung	
35 - 40	Ausschüsse	Besuch in Lissabon Gemeinsame Sicherheit im Ostseeraum Tag der Menschen mit Behinderung Moderne öffentliche Verwaltung Besuch in Brüssel Lehrerbildungsgesetz
41 - 47	PANORAMA	Landesfinale "Jugend debattiert" "Jugend rockt den Landtag" Werkstattbesuch beim Erzengel Michael Viktoria an Ort und Stelle Abgeordnete erleben beim Tag der offenen Tür
48	Chronik	

IMPRESSUM

Herausgeber:

Landtag Mecklenburg-Vorpommern
- Öffentlichkeitsarbeit -
Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin
Fon: 0385 / 525-2113, Fax 525-2151
E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de
Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion: Referat Öffentlichkeitsarbeit,

Anna-Maria Leistner
Referatsleiter: Julien Radloff
Autoren: Jacqueline Myrrhe,
Joachim Mangler

Layout: Uwe Sinnecker

Druck: produktionsbüro TINUS
Gedruckt auf Recyclingpapier

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Die LandtagsNachrichten können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten.
Redaktionsschluss 17.05.2024



Jan-Phillip Tadsen (AfD) am Rednerpult während seines Redebeitrages in der Aktuellen Stunde.

Foto: Uwe Sinnecker

Debatte zu Kriminalität von Zuwanderern

Aktuelle Stunde auf Antrag der AfD

■ **Mit der Aktuellen Stunde zum Thema „Es reicht – Ausländerkriminalität bekämpfen statt verschleiern“ hat die AfD-Fraktion ihrer Ansicht nach den Finger in eine offene Wunde der Gesellschaft gelegt. Sie sieht große Teile der Bevölkerung in Sorge vor zunehmender Kriminalität. Die anderen Fraktionen vertraten eigene Standpunkte.**

Die Landesregierung muss nach Meinung der AfD-Fraktion aufhören, die ihrer Ansicht nach steigende Kriminalität von Zuwanderern länger zu verharmlosen. Wie Jan-Phillip Tadsen (AfD) ausführte, hat sich seit 2014 die Zahl der aufgeklärten Taten von Zuwanderern auf fast 5800 Fälle im vergangenen Jahr mehr als vervierfacht. Er forderte Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) auf, ihr aktuelles Amt als Bundesratspräsidentin dafür zu nutzen, Länder wie Afghanistan und Syrien beim Thema Rückführungsabkommen zu berücksichtigen. „Ein großer Anteil der Tatverdächtigen kommt aus diesen beiden Ländern.“

Innenminister Christian Pegel (SPD) erläuterte, dass 2023 die Zahl der Straftaten von Zuwanderern um 4,7 Prozent gegenüber 2022 angestiegen sei. MV liege damit in der Kriminalitätsentwicklung

besser als die bundesweite Statistik. „Keine dieser Straftaten ist erwünscht, erklärbar oder in irgendeiner Weise legitim, jede ist strafbar!“ Jeder Versuch, Straftaten nach Herkunft oder Pass von Tätern oder Opfern zu sortieren und zu gewichten, sei ein Schlag in das Gesicht der Opfer. „Das werden wir nicht hinnehmen.“ Der CDU-Fraktionsvorsitzende Daniel Peters warf der AfD vor, dass sie ihr Urteil über eine bestimmte Bevölkerungsgruppe pauschal gefällt habe. „Das ist genauso wenig in Ordnung, wie auf der anderen Seite die Differenzierung nicht vorzunehmen nach bestimmten Tätergruppen.“ Peters machte deutlich, dass es statistische Auffälligkeiten vor allem bei der Gruppe von jungen Männern gebe, die durch islamische Gesellschaften geprägt wurden. „Da haben sich Parallelgesellschaften gebildet.“

Was die AfD verschleiern nennt, sei für Menschen ohne Scheuklappenideologie das nüchterne und sorgsame Auswerten von Zahlen und Fakten, sagte Michael Noetzel (DIE LINKE). Aber das plumpe Gegenüberstellen von Deutschen und Nichtdeutschen funktioniere viel besser bei denen, die neben Schwarz und Weiß nicht viel von der Farbpalette kennen. Dieses Gegenüberstellen helfe keinen

Deut weiter, um Kriminalität zu erklären oder gar effektiv und nachhaltig zu bekämpfen. „Dieser Problematik ist sich auch das BKA bewusst“, sagte Noetzel.

Der AfD gehe es nur darum, Ängste zu schüren, betonte die Fraktionsvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Constanze Oehrich. „Verschleiert wird da nichts.“ Die Zahlen seien für alle einsehbar. Daraus ergebe sich etwa, dass es bei steigenden Zahlen von Menschen nicht deutscher Staatsangehörigkeit prozentual immer weniger Kriminelle gebe. „Natürlich ist das eine Betrachtungsweise, die der AfD nicht gefällt.“ Man müsse auf die Lebensbedingungen und die soziale Lage der Verdächtigen schauen.

Das Thema der Aktuellen Stunde hätte nach Ansicht von David Wulff (FDP) auch von der NPD beantragt werden können. „Aber die braucht es ja nicht mehr, da die AfD den Platz hinreichend gut eingenommen hat.“ Wulff warf der AfD vor, nichts weiter als Spaltung, Hass und Hetze vorantreiben zu wollen. Er forderte eine Stärkung der Ressourcen bei Polizei und Justiz.

„Der deutschen Justiz und der Polizei Verschleierung vorzuwerfen, ist eine Frechheit“, betonte Bernd Lange (SPD). Die AfD missbrauche das Aussprachethema zum

Zündeln. Dabei zeige die polizeiliche Kriminalstatistik (PKS), dass die Polizei in MV eine der höchsten Aufklärungsquoten

bundesweit vorweisen könne. „Das verdient Anerkennung und keine Diffamierung.“ Zudem zähle die PKS Tatverdächtige

und keine Täter. Die Erfassung gebe lediglich den Stand der polizeilichen Ermittlungen wieder.

■ Jan-Phillip Tadsen, AfD:

„Wir müssen heute die Zukunft dieser Landesregierung verhandeln!“



Foto: Uwe Sinnecker

[...] Liebe Bürger unseres Landes! Es war einst Wilhelm von Humboldt, der sagte, ich darf zitieren: „Ohne Sicherheit ist keine Freiheit.“ Und genau diese alltägliche Freiheit [...] wird zunehmend angegriffen. Es kommt zu immer mehr Körperverletzungsdelikten und das korreliert leider sehr stark mit einer gewachsenen Ausländerkriminalität. [...]

[...] die Zahl der aufgeklärten Taten von Zuwanderern, also statistisch definierten Personen, die über das Asylrecht hierhergekommen sind, sie hat sich seit 2014 mehr als vervierfacht. Mehr als vervierfacht, das heißt, dass die Zahl der Fälle von 1.400 auf 5.800, fast 5.800 Fälle im vergangenen Jahr angestiegen ist. Diese Zahlen zeigen ganz offensichtlich, wie unser aller Sicherheit von dieser Regierung mit dieser Migrationspolitik vernachlässigt wurde, und das ist kein Zustand!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

[...] Es darf deshalb nicht einfach weiter verharmlosend mit einem solchen Thema umgegangen werden, nein, dieser Trend muss umgekehrt werden. Wir brauchen eine Landesregierung, die genau dieses Thema, die Kriminalität, aktiv bekämpft. Das fordern wir von Ihnen heute!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

[...] Meine Damen und Herren, Innenminister Pegel betont neuerdings, dass die Kriminalität ausländischer Personen, so hat er es zumindest im NDR gesagt, wohl doch zu noch deutlich mehr Abschiebungen führen müsse. Es gibt aber gleichzeitig das Eingeständnis von ihm, dass die dafür notwendigen

Rückführungsabkommen weiterhin fehlen.

[...] Da muss die Ministerpräsidentin doch einmal selber politisch aktiv werden und vielleicht auch ihr Amt als Bundesratspräsidentin dafür nutzen, dass man Länder wie Afghanistan und Syrien auch in den Blick nimmt, denn ein großer Anteil der Tatverdächtigen in ganz Deutschland kommt aus diesen beiden Ländern. Frau Schwesig, wir fordern Sie heute auf, werden Sie aktiv [...]

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

[...]

Und [...] es geht heute auch um [...] das Verhalten gegenüber Frauen und uns Einheimischen [...].

Seit 2015, meine Damen und Herren, und diese Zahl muss ich Ihnen hier noch einmal deutlich nennen, seit 2015 sind mindestens 7.000 Frauen in Deutschland das Opfer sexueller Übergriffe von sogenannten Flüchtlingen geworden. Dieser Begriff ist doch eigentlich nur noch Hohn auf solch eine Zahl, auf solch eine Entwicklung. Und die offen zur Schau gestellte Aggressivität, die latente Deutschfeindlichkeit und vor allem die gefährliche Mobilisierungskraft von migrantisch geprägten Jugendgruppen sind seit Jahren in der Republik bekannt.

Und wer in Rostock oder in Schwerin zuletzt häufiger unterwegs war, der erlebt dies zunehmend auch dort. Das ist eine fatale Entwicklung für Mecklenburg-Vorpommern, die einen jungen Deutschen vor Kurzem gerade erst nachts in Rostock so schwer verletzte, dass dieser in einen Schockraum musste. [...] Ein junger Mann liegt am Boden und die Gruppe tritt weiter auf ihn ein. Ja, das sind die Bilder, die wir auch mittlerweile verstärkt in Mecklenburg-Vorpommern haben. [...]

Solche Menschen müssen auf einen politischen Willen treffen, dass das von uns allen hier [...], von uns allen nicht mehr länger toleriert wird und dass es dagegen auch echte Maßnahmen gibt! [...]

Deshalb fordern wir Sie heute auf: Machen Sie es nicht wie Frau Özoğuz, die sagt, man müsse das täglich wieder aushandeln! Nein, wir müssen heute die Zukunft dieser Landesregierung verhandeln, dafür diese Aktuelle Stunde. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

■ Minister Christian Pegel:

„Jede dieser Taten schadet der Gesellschaft und [...] schadet den Opfern.“



Fotos: Uwe Sinnecker

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor knapp drei Wochen durfte ich [...] die Polizeiliche Kriminalstatistik 2023 vorstellen [...]. Die AfD greift sich aus dem großen Komplex dieser Polizeilichen Kriminalstatistik eine sehr kleine Gruppe von Tatverdächtigen heraus und versucht neuerlich, auf alle, die keinen deutschen Pass haben, Rückschlüsse zu ziehen.

Insgesamt [...] lässt sich für die Kriminalitätsentwicklung 2023 feststellen, dass wir im Vergleich zu 2022 in der Tat eine Steigerung haben, knapp 4,7 Prozent. [...] wir bewegen uns damit auf dem Niveau des Jahres 2019. [...]

*(Zuruf vonseiten der Fraktion der AfD:
Kann ich Ihnen geben.)*

[...] Die 4,7 Prozent liegen deutlich unter dem Steigerungspotenzial bundesweit. [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU, DIE LINKE,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)*

[...] jede dieser Taten schadet der Gesellschaft und [...] schadet den Opfern. [...] das alles gilt unabhängig von Pass, Religion, Geschlecht – und jetzt können Sie viele andere Merkmale dranhängen – der jeweiligen Tatverdächtigen. Und auf der Opferseite gilt das Gleiche. [...]

Jeder Versuch [...], Straftaten nach Herkunft oder Pass von Tätern oder Opfern zu sortieren und zu gewichten, ist ein Schlag in das Gesicht der Opfer, was wir nicht hinnehmen werden.

*(Beifall vonseiten der
Fraktionen der SPD, DIE LINKE und
Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Torsten Koplín, DIE LINKE: Genau!)*

[...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

Erst recht gilt aber, eine Verschleierung, wie im Titel der aktuellen Stunde vorgeworfen, findet nicht statt.

(Zuruf von Petra Federau, AfD)

[...] Die Bundesinnenministerin hat sehr deutlich gesagt, [...] die Zahl der nicht deutschen Tatverdächtigen betrug bundesweit 2023 ein knappes Drittel, 34 Prozent [...]

(Jan-Phillip Tadsen, AfD: Das leugnet ja keiner.)

[...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE –
Enrico Schult, AfD: Ha, ha, ha!
Das ist ja lächerlich! Das ist ja eine
abenteuerliche Argumentation!)*

Und auch die Landesstatistik [...]

(Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE)

diese Tätergruppe sehr klar [...] aus. Die Präsentation in der Landespressekonferenz hat in einem Balkendiagramm [...] die Gesamtzahl der Tatverdächtigen und dann noch mal gesondert die nicht deutschen Tatverdächtigen klar ausgewiesen, und das sogar mit einer Darstellung über die Entwicklung mehrerer Jahre.

*(Petra Federau, AfD: Was ist denn
mit den Pressevorbehalten?)*

[...] Aber es bleibt auch hier zu beachten, Mecklenburg-Vorpommern unterscheidet sich auch an dieser Stelle von dem bundesweiten Trend. Wir liegen bei

(Jan-Phillip Tadsen, AfD: Und woran liegt das?)

[...] rund 18 Prozent nicht deutschen Tatverdächtigen

*(Jan-Phillip Tadsen, AfD: Wollen Sie das mit
NRW ernsthaft vergleichen? Was ist denn das
für ein statistisches Verständnis, Herr Pegel?!)*

(Zuruf von Jan-Phillip Tadsen, AfD)

Wenn Straftaten denn schon passieren, wollen wir [...] schnelle Ermittlung und schnelle Verurteilungen. Und ich freue mich deshalb sehr, dass wir [...] eine [...] über viele Jahre stabil über dem Bundesdurchschnitt liegende Aufklärungsquote von fast 63 Prozent haben.

Der Umstand [...] ist ein klares Indiz für die gute tägliche Arbeit der Kolleginnen und Kollegen der Landespolizei da draußen, denen ich ganz herzlich Danke sage für den täglichen Kampf, für die Sicherheit der Menschen, losgelöst von ihrem Pass.

(Jan-Phillip Tadsen, AfD: Was sind denn Ihre Maßnahmen im Aufenthaltsrecht?)

Ich bin umgekehrt der Bundesregierung extrem dankbar dafür, dass sie [...] Gesetzesänderungen, die das Rückführen gerade auch von der genannten Personengruppe in Herkunftsländer erleichtern sollen. Und dazu gehört dann auch das von Ihnen angesprochene Bemühen um Rückführungsabkommen [...]

(Zuruf von Jan-Phillip Tadsen, AfD)

[...] Zur Wahrheit gehört aber auch, dass der Bund insbesondere mit Blick auf die Rückführungsabkommen [...] jetzt schnell weiterkommen muss, um beispielsweise schneller Passersatzpapiere für Rückführende und damit schnellere Rückführungsmaßnahmen, insbesondere beispielsweise bei straffällig gewordenen Rückzuführenden, vornehmen zu können. [...]

(Jan-Phillip Tadsen, AfD: Frau Faeser hat das Thema doch selber groß gemacht.)

[...] Ich bin überzeugt [...], das Auseinanderdriften der deutschen Gesellschaft,

(Zuruf von Jan-Phillip Tadsen, AfD)

das Auseinanderdriften in unserem Land scheint sehr klar eine Mitursache für diese zunehmenden Gewaltstraftaten zu sein. Und ich persönlich bin davon überzeugt, dass Politik dabei die Aufgabe haben muss, wieder stärker zusammenzuführen und nicht stärker zu spalten.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE – Zuruf von Jan-Phillip Tadsen, AfD)

■ Daniel Peters, CDU:

„Mehr als ein Drittel gaben sogar an, dass sie Verständnis für Gewalt gegen Menschen haben, [...].“



Fotos: Uwe Sinnecker

[...] Statistische Auffälligkeiten gibt es aber vor allem auch bei einer Gruppe, es sind junge Männer, die durch islamische Gesellschaften geprägt wurden.

(Zuruf von Jan-Phillip Tadsen, AfD)

Und diese islamischen Gesellschaften gibt es in Nordafrika, im Nahen und Mittleren Osten und inzwischen auch in Europa – in Frankreich, in Großbritannien und natürlich auch in Deutschland. Und wir erleben in unseren Großstädten – das ist angesprochen worden – Parallelgesellschaften, und da haben sich Parallelgesellschaften gebildet, die nur noch wenige verbliebene Berührungspunkte mit der deutschen Gesellschaft haben.

(Zuruf von Enrico Schult, AfD)

Das ist die Schule und oftmals dann auch leider das Sozialamt. Und das ist nicht meine Interpretation der Sachlage und das ist auch kein Rechtsruck, sondern das sind einfach nüchterne Zahlen. Wenn 62,8 Prozent aller Bezieherinnen und Bezieher des sogenannten Bürgergeldes einen Migrationshintergrund haben, dann sollte uns das zu denken geben. [...]

Das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen, kurz KFN, hat ja eine Dunkelfeldstudie zur Jugendkriminalität durchgeführt mit erstaunlichen Ergebnissen. Insgesamt haben 8.539 Schülerinnen und Schüler teilgenommen, Durchschnittsalter 15, darunter auch 300 muslimische. In dem Bericht geht es auch um Islamismus. Um es kurz zu machen, rund zwei Drittel, genauer gesagt 67,8 Prozent, der teilnehmenden Muslime äußerten, dass ihnen die Regeln des Korans wichtiger sind als die Gesetze in Deutschland. Mehr als die Hälfte der befragten muslimischen Schüler war der Meinung,



Abgeordnete der Fraktionen AfD, FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

dass nur der Islam in der Lage sei, die Probleme unserer Zeit zu lösen.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Hört, hört!)

Und mehr als ein Drittel gaben sogar an, dass sie Verständnis für Gewalt gegen Menschen haben,

(Jan-Phillip Tadsen, AfD: Das muss mal angesprochen werden.)

die Allah oder den Propheten Mohammed beleidigen. [...] Ich erlebe aber, dass viele Menschen mit anekdotischer Evidenz zu argumentieren versuchen, wenn es um Gewaltkriminalität geht. Ich nenne Ihnen mal ein Beispiel. Da wird dann sofort aus bestimmten politischen Richtungen argumentiert, es gebe ja auch deutsche Christinnen über 60, die beispielsweise auch schon mal jemanden umgebracht haben. [...] Das sind einfach Ablenkungen, das frustriert Menschen.

[...] Und natürlich stellen wir fest, dass die Anziehungskraft auch des deutschen Sozialstaates groß ist, insbesondere auch bei vielen, die zu uns kommen wollen, teilweise auch kommen müssen. Das will ich natürlich eingestehen. Aber wenn es uns nicht gelingt, diese Menschen tatsächlich in den Arbeitsmarkt zu integrieren, wenn es uns nicht gelingt, sie wirklich auch in unsere Gesellschaft zu integrieren, und zwar auch nach den Vorstellungen, die wir haben, dann schaffen wir hier ein gesellschaftliches Klima, das natürlich auch Sprengstoff mit sich bringt.

[...] Und es nützt eben nichts, zu sagen – und das finde ich übrigens, gestatten Sie mir das, ganz, ganz schlimm –, wenn dann argumentiert wird, es sei so, man müsse unterstellen, Deutsche würden Deutsche weniger anzeigen. Das war ja so eine erste Reaktion auf die gestiegenen, auf die gestiegenen Werte der Ausländerkriminalität.

Meine Damen und Herren, das sind genau die Dinge, die die Menschen auf die Palme bringen. Was soll denn so ein Schwachsinn, meine Damen und Herren?! Wir können doch nicht einfach sagen, das Anzeigeverhalten würde sich nach dem Pass ausrichten – das deutsche Anzeigeverhalten nach dem Pass. [...]

■ Michael Noetzel, DIE LINKE:

„Es wird rein gar nichts verschleiert!“



Foto: Uwe Sinnecker

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! [...] Der Titel der Aussprache ist selbstverständlich schlicht gelogen, und der Redner hat sich auch gar nicht auf das Verschleiern bezogen. Ich habe zumindest davon nichts gehört.

Es wurde und wird rein gar nichts verschleiert. Ganz im Gegenteil, noch vor [...] Veröffentlichung der PKS pflanzte die „Bild“ in der Öffentlichkeit das Narrativ des kriminellen Ausländers. Dafür nutzte sie selektiv Zahlen, die – ob politisch motiviert oder nicht – vorab den Weg aus dem Bundesinnenministerium zu dem Boulevardblatt gefunden haben. Wer kann angesichts der Schlagzeilen der letzten Wochen ernsthaft behaupten, dass hier etwas verschleiert wird? Vermutlich nur jemand, der sich Schauprozesse auf Marktplätzen oder gleich lieber einen Volksgerichtshof wünscht.

*(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD –
Stephan J. Reuken, AfD: Diffamierend
sondergleichen! – Jan-Phillip Tadsen, AfD:
Wird der deutschen Geschichte nicht
mehr gerecht, Frau Präsidentin.)*

Meine Damen und Herren, was die AfD „verschleiern“ nennt, ist für Menschen ohne Scheuklappenideologie das nüchterne und sorgsame Auswerten von Zahlen und Fakten. Aber das plumpe Gegenüberstellen von Deutschen und Nichtdeutschen funktioniert viel besser in Köpfen, die neben Schwarz und Weiß nicht viel von der Farbpalette anzubieten haben. Innerhalb beider Gruppen werden nämlich Menschen vereint, die in der Realität nicht viel miteinander zu tun haben. [...] Da haben wir auf der einen Seite Touristen, EU-Bürger, Pendler, Kriegsflüchtlinge, Asylbewerber oder Personen fremder Staatsangehörigkeit, die seit Jahren in Deutschland leben und arbeiten, auf der anderen Seite haben wir Deutsche, die – und auch jetzt muss der rechte Rand ganz



Foto: Uwe Sinnecker

Michael Noetzel (DIE LINKE) während seiner Rede am Rednerpult.

stark sein – zum Teil gar nicht die biodeutschen Wunschkriterien der Kriterien der AfD erfüllen.

*(Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD:
Diese Kriterien gibt es gar nicht.)*

Dieses Gegenüberstellen hilft also keinen Deut, um Kriminalität zu erklären oder gar effektiv und nachhaltig zu bekämpfen. Dieser Problematik ist sich auch das BKA bewusst. Ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin: „Diese Daten dürfen nicht mit der tatsächlichen Kriminalitätsentwicklung gleichgesetzt werden.“

*(Jan-Phillip Tadsen, AfD:
Ich habe doch aufgeklärte Fälle in
meiner Rede angesprochen. Sie müssen
doch mal richtig zuhören, Herr Noetzel!)*

„Sie lassen auch keine vergleichende Bewertung der Kriminalitätsbelastung von Deutschen und Nichtdeutschen zu.“

*(Jan-Phillip Tadsen, AfD:
In der PKS M-V aufgeklärte Fälle.)*

[...] Aber es geht ja der AfD nicht um Fakten, es geht um rassistische Hetze, Stigmatisierung und Spalten.

(Heiterkeit bei Stephan J. Reuken, AfD)

Statt „Ausländerkriminalität bekämpfen“ wäre der plumpe Titel „Ausländer bekämpfen“ wohl treffender und ehrlicher.

*(Jan-Phillip Tadsen, AfD: Da fragen Sie mal
unsere Mitglieder mit Migrationshintergrund!)*

Und wie sich die AfD das vorstellt, konnten wir alle bei dem Potsdamer Treffen erfahren. Es wird Straßenterror gegen ausländische Gastronomen propagiert und von Massendeportationen fabuliert. Das lehnen wir ab! Das werden wir verhindern, meine Damen und Herren!

*(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Zuruf von Enrico Schult, AfD)*

[...] Denn, meine Damen und Herren, Kriminalität hat in erster Linie soziale Ursachen. Da sind sich Experten einig und das können wir auch der PKS entnehmen. Die problembehafteten Faktoren sind klar: jung, männlich und in sozial prekärer Lage. Das sind die Charakteristika, die die meisten Tatverdächtigen in sich vereinen, nicht ein bestimmter Pass. Nebenbei gesagt, wäre ich auch etwas zurückhaltender darin, den Grad an Gewaltneigung an Kultur und Herkunft festzumachen, insbesondere, wenn ich aus einem Land komme, das für zwei verheerende Weltkriege, einen Vernichtungsfeldzug und einen industriellen Massenmord verantwortlich ist.

(Zuruf von Thore Stein, AfD)

Aber belassen wir es an dieser Stelle dabei, die beste und nachhaltigste Kriminalitätsbekämpfung ist und bleibt eine gute Sozialpolitik.

(Zuruf von Stephan J. Reuken, AfD)

Darum macht es eben auch einen Unterschied, wer regiert, und es ist gut, dass es nicht die neoliberale AfD mit ihrer Politik für Besserverdienende ist. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

■ **Constanze Oehrich,**
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

„Es ist bizarr, wie die Zahlen
überinterpretiert werden.“



Fotos: Uwe Sinnecker

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleg/-innen! Kriminalität zu bekämpfen, ist immer richtig, egal, von wem die Straftaten begangen werden.

(Jan-Phillip Tadsen, AfD: Gott sei Dank!)

Aber irrationale Debatten leisten dazu keinen Beitrag, im Gegenteil. Schon der Titel dieser Aktuellen Stunde zeigt, dass es der AfD nur darum geht, weiter Ängste zu schüren. Sie behauptet, die von ihr so genannte „Ausländerkriminalität“ werde verschleiert. Doch die Polizeiliche Kriminalstatistik [...] führt nur wenige Parameter auf, nach denen die Anzahl der abgeschlossenen Ermittlungsverfahren unterteilt wird. Und die Staatsangehörigkeit der Tatverdächtigen gehört durchgängig dazu, und vermutlich wird gerade deshalb so viel darüber diskutiert.

Klar ist jedenfalls, verschleiert wird da nichts.

[...] Und das Thema Kriminalität ist vielschichtig. Neben der Staatsangehörigkeit der Tatverdächtigen wird in der Polizeilichen Kriminalitätsstatistik regelmäßig auch deren Geschlecht erfasst. Und da zeigt sich mit Blick auf den Bevölkerungsanteil ganz klar, Männer sind überrepräsentiert. [...]

Exorbitant ist der Männeranteil bei sexualisierter und häuslicher Gewalt. Im letzten Jahr gab es bei diesen Taten einen neuen Höchststand. Und gerade wenn die Taten in den eigenen vier Wänden passieren, bekommt die Polizei häufig nichts davon mit. [...] Umso wichtiger, dass in dieser Situation die Betroffenen unterstützt werden, dass es endlich flächendeckende Beratungs- und Unterstützungsangebote gibt.

*(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

Wir können auch einen weiteren Faktor betrachten, der in der PKS ausgewiesen wird [...], das Alter. Junge Menschen werden weit überproportional kriminell.

[...] Wenn wir über die Polizeiliche Kriminalstatistik reden, dann ist es unabdingbar, die Zahlen ausländischer Tatverdächtiger einzuordnen. Der [...] Kriminologieprofessor Tobias Singelstein brachte es in einem Interview auf den Punkt. Es ist bizarr, wie die Zahlen überinterpretiert werden. Man müsse auf die Lebensbedingungen und die soziale Lage der Verdächtigen schauen. Kriminologische Studien ergeben regelmäßig, Tatverdächtige kommen besonders häufig aus prekären ökonomischen Verhältnissen. [...]

Man könnte die Diskussion zur aktuellen PKS auch unter dem Schlagwort „Armutskriminalität“ führen,

(Zuruf von Jan-Phillip Tadsen, AfD)

denn dazu liefert die PKS keine Daten [...].
Niemand [...] wird wegen seiner Herkunft,

*(Jan-Phillip Tadsen, AfD: Gehen
Sie doch mal auf die Bürger ein!)*

seines Geschlechts oder seines Alters kriminell. Es ist ein Zusammenspiel vieler Faktoren. [...]

Viel hängt mit Sozialisation zusammen. Wenn wir gestiegene Zahlen für Straftaten ernst nehmen, dann müssen wir dafür passgenaue Maßnahmen finden. Und deshalb ist es eine Phantomdebatte, wenn die AfD vor allem über Abschiebungen reden will, erst recht für Menschen, die hier sozialisiert wurden. Wer nur Feindbilder aufbaut und pflegt, verhindert keine Straftaten.

(Beifall Beate Schlupp, CDU)

Statt einfacher Parolen sollten wir uns aufmachen in das anspruchsvolle Feld der Kriminalprävention. Dafür brauchen wir eine valide Grundlage.

*(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

Die Zahlen [...] der PKS sind in alle Richtungen interpretierbar. Viel aussagekräftiger ist ein periodischer Sicherheitsbericht. [...] Das ist ein wichtiger Baustein für eine rationale Debatte über Kriminalität.

Dass die AfD hierzu keinen Beitrag leistet, hat die heutige Plenarberatung gezeigt. Aber wir, die demokratischen Fraktionen dieses Landtags, sollten uns dem Thema ernsthaft nähern und uns die Datengrundlage verschaffen, die man dafür braucht. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

David Wulff, FDP:

„Wir brauchen dafür eine Stärkung der Ressourcen bei der Polizei und auch der Justiz.“



Fotos: Uwe Sinnecker

[...] ich halte es für [...] angebracht, wenn wir uns die Statistiken angucken, differenziert vorzugehen, genau zu gucken, wo sind unsere Pappenheimer, die Probleme verursachen.

(Thore Stein, AfD: Pappenheimer?)

[...]

(Thore Stein, AfD: Das sind Kriminelle!)

[...]

(Thore Stein, AfD: Die gehören raus. –
Zuruf von Jan-Phillip Tadsen, AfD)

(Thore Stein, AfD: Lümmel sind das, Herr Wulff!)

[...] wenn wir sie identifizieren können, [...] muss es [...] egal sein, ob das [...] die jungen Afghanen sind, ob das chinesische Spione sind, ob das organisierte Kriminalität ist,

(Jens-Holger Schneider, AfD: Oha! Oha!)

[...]

(Enrico Schult, AfD:
Jetzt widersprechen Sie sich doch
schon wieder. Was sprechen Sie denn hier?!)

ob das linke Studenten in Rostock und Greifswald sind.

(Jens-Holger Schneider, AfD:
Oder Steuerbetrüger von der FDP.)

Dann dürfen wir an keiner Stelle weggucken, weil genau das [...] ist es, was den Rechtsstaat ausmacht. [...]



David Wulff (FDP) reagiert am Pult auf seine Vorredner.

(Zuruf von Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD)

Wer kriminell ist, wer Verbrechen verübt, wer gegen unsere Demokratie kämpft [...], den bekämpfen wir [...].

Und das ist genau die Stelle, wo ich jetzt auch die Landesregierung nicht davonkommen lasse. [...]

(Jens-Holger Schneider, AfD: Noch ein Gedicht. –
Zuruf von Enrico Schult, AfD)

[...] wir wollen Probleme nicht bestaunen, sondern [...] lösen [...].

(Beifall vonseiten der Fraktion der FDP –
Zurufe von Stephan J. Reuken, AfD, und Enrico Schult, AfD)

Und dazu gehört eine Nulltoleranzpolitik gegen Kriminalität in Gänze,

(Beifall vonseiten der Fraktion der FDP –
Zuruf von Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD)

unabhängig von Straftat, unabhängig vom Täterprofil. Und was brauchen wir dafür?

(Jens-Holger Schneider, AfD:
Das ist liberale DNA.)

Wir brauchen dafür eine Stärkung der Ressourcen bei der Polizei und auch der Justiz [...].

(Beifall vonseiten der Fraktion der FDP)

[...] Wir brauchen mehr Personal, wir müssen die Ausbildungsbedingungen verbessern [...]. Wir müssen das Anwerbekonzept [...] überdenken für die Polizei,



(Zuruf von Jan-Phillip Tadsen, AfD)

[...] damit wir mehr Polizei auf der Straße haben und nicht irgendwo hinter irgendwelchen Schreibtischen oder generell zu wenig.

*(Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD:
Das haben wir längst beantragt.)*

Wir müssen [...] das Berufsfeld der Polizei, [...] der Justiz [...] attraktiver machen. Wir müssen Beförderungsstrukturen und Aufstiegschancen schaffen. Wir müssen in der Besoldung [...]] rangehen, gerade bei den Kollegen, die auf der Straße sind [...]. [...]

Wir müssen Personal entsprechend fortbilden. Wir müssen gucken, dass wir Sachmittel bei der Polizei besser ausstatten, eine sinnvolle Digitalisierung, statt überall nur zu sparen [...]. [...] das ist das A und O eines Rechtsstaates, das ist das A und O liberaler Politik.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der FDP –
Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)*

Und wenn wir jetzt aufhören, uns die ganze Zeit irgendwelchen populistischen Mist hier irgendwie um die Ohren zu hauen,

*(Jan-Phillip Tadsen, AfD:
Dann fangen Sie damit an! –
Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD)*

dann kommen wir auch zu ernsthaften Debatten [...].

■ Bernd Lange, SPD:

„Der deutschen Justiz und der Polizei Verschleierung vorzuwerfen, ist eine Frechheit!“



Foto: Uwe Sinnecker

Sehr geehrte Frau Präsidentin! [...] Das Thema der heutigen Aussprache hat mich etwas verwundert [...]. Um was für eine Ausländerkriminalität geht es denn? Um die Kriminalität im Ausland, durch Deutsche begangen,

(Heiterkeit bei Jan-Phillip Tadsen, AfD)

mutmaßliche Schmiergeldzahlungen in Tschechien

*(Jens-Holger Schneider, AfD:
Ernsthaft jetzt? Ernsthaft jetzt? –
Jan-Phillip Tadsen, AfD: Da können
wir auch mal drüber reden.)*

oder die Festnahme wegen Randalen und Widerstand in Thailand?

*(Enrico Schult, AfD: Wir
sind doch hier im Landtag!)*

[...] Das Thema der Aussprache ist kurz und knackig: Ausländerkriminalität bekämpfen, Verschleierung beenden. [...] Das hat mich so getroffen. [...] Wissen Sie, ich war 40 Jahre lang Polizeibeamter. Der deutschen Justiz und der Polizei Verschleierung vorzuwerfen, ist eine Frechheit!

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU,
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Jan-Phillip Tadsen, AfD: Ich habe es nicht
der Polizei vorgeworfen, den politisch
Verantwortlichen. Darum geht es!)*

Sie missbrauchen hier das Thema dieser Aussprache zum [...] Zündeln. Einerseits wird ein Teil der Bevölkerung stigmatisiert, andererseits sagen Sie, Strafverfolgungsbehörden sind untätig und begehen Rechtsbruch.



Die Abgeordneten verfolgen die Rede von Bernd Lange (SPD).

(Stephan J. Reuken, AfD: Wer hat das gesagt?)

Im Gegensatz zu Ihnen vertreten die Polizei und die Staatsanwaltschaft den demokratischen Rechtsstaat.

*(Zurufe von Stephan J. Reuken, AfD,
Jens-Holger Schneider, AfD, Thore Stein, AfD,
und Jan-Phillip Tadsen, AfD)*

[...]

(Zuruf von Jan-Phillip Tadsen, AfD)

Das verdient Anerkennung und keine Diffamierung.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE –
Jan-Phillip Tadsen, AfD: Das ganz billige
Spiel, dass Sie die Polizei jetzt vorschieben!)*

In Deutschland [...] ist „Ausländerkriminalität“ ein kriminologischer Begriff, der sich auf Straftaten bezieht, die von Nichtdeutschen im Sinne von Artikel 116 Grundgesetz begangen werden.

(Zuruf von Stephan J. Reuken, AfD)

Seit 2005 werden in der PKS zusätzlich ausländerspezifische Straftaten ausgewiesen, das heißt also Straftaten, die sich auf die Aufenthaltsverordnung, Asylverfahren und illegalen Grenzübertritt beziehen.

*(Jan-Phillip Tadsen, AfD: Die habe ich
doch genannt, genau die Zahlen habe
ich genannt. Hören Sie mir doch mal zu!)*

Für die PKS insgesamt gilt, dass sie nicht Täter, sondern Tatverdächtige zählt.

(Zuruf von Jan-Phillip Tadsen, AfD)

Das ist ein ganz gelinder Unterschied. Die Erfassung gibt lediglich den Stand der polizeilichen Ermittlungen wieder,

*(Jan-Phillip Tadsen, AfD: Sie lesen
die Statistik auch nicht richtig.)*

während die Staatsanwaltschaft und die Gerichte zu ganz anderen Bewertungen kommen können. Ein direkter Vergleich der PKS mit der Verurteiltenstatistik ist aufgrund unterschiedlicher Grundlagen überhaupt nicht möglich.

(Jan-Phillip Tadsen, AfD: Aufgeklärte!)

Um hier mal einen Vergleich zu ziehen, was Sie immer so gerne heranziehen, die Studie ist von 2015, da lebten in Österreich knapp 190.000 Deutsche. Im selben Jahr gab es aber 10.000 deutsche Tatverdächtige. Das heißt also, jeder 20. Deutsche in Österreich ist kriminell!

*(Thore Stein, AfD: Ja, und?! –
Zuruf von Stephan J. Reuken, AfD)*

Das Problem ist, dass dabei aber untergeht, dass Millionen Deutsche im Urlaub da sind. Also wie gesagt, so eine Statistik ist immer zweischneidig. Natürlich gibt es Phänomenebereiche, in denen nicht deutsche Tatverdächtige übermäßig Anteil an der Bevölkerung haben. Das kann und will auch niemand leugnen. Natürlich ist jede Straftat eine zu viel,

(Zuruf von Stephan J. Reuken, AfD)

aber der Polizei und der Staatsanwaltschaft Verschleierung vorzuwerfen, ist gelinde gesagt eine Frechheit.

Versorgung von Long-Covid-Patienten gewährleisten

Regierungsfraktionen fordern Handeln der Landesregierung

■ Die Corona-Pandemie ist weitgehend vorbei. Doch noch immer leiden Menschen an den Folgen ihrer Erkrankung. Die Einzelschicksale sind berührend, wie in der teilweise von Emotionen geprägten Debatte im Landtag deutlich wurde. Mit ihrem Antrag fordern die Regierungsfraktionen die Landesregierung auf, ihren Einfluss beim Bewertungsausschuss der Ärzte und den Krankenkassen geltend zu machen, damit schnellstmöglich die Vergütung von Long-Covid-Behandlungen geregelt werden kann.

Die im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie stehenden Erkrankungen Long- und Post-Covid, Post-Vac oder das chronische Fatigue-Syndrom sind nach Ansicht der Fraktion DIE LINKE nach wie vor ein großes Problem. „Die Zahl der Betroffenen wird je nach Quelle zwischen 9000 und 80 000 angegeben“, sagte der Abgeordnete **Torsten Koplín** (DIE LINKE). Das Sozialministerium gehe von 35 000 Betroffenen in MV aus. Es dauere viel zu lange, bis eine adäquate medizinische Versorgung der betroffenen Patientinnen und Patienten sichergestellt werden kann. Alle Akteure in MV sollten sich der Bedeutung des Themas bewusst werden. „Trotz vieler Anstrengungen des Bundes und des Landes sind diese Erkrankungen noch unzureichend erforscht.“

An den Universitätskliniken in Rostock und Greifswald gebe es Ambulanzen, die aber nicht über ausreichende Kapazitäten verfügten. Bis vor kurzem habe das Long-Covid-Institut in Rostock von Frau Dr. Frommhold gearbeitet, das laut Koplín mit 530 000 Euro unterstützt wurde. „Unter den Betroffenen hat sich das Institut große Anerkennung erworben.“ Den Hausärzten komme eine besondere Bedeutung zu, sie müssten auch besonders

unterstützt werden. Die Kassenärztliche Vereinigung und die Krankenkassen sollten ihren Handlungsspielraum nutzen und eine fachgerechte medizinische Versorgung und Erstattung der Kosten ermöglichen.

Die gesundheitspolitische Sprecherin der FDP-Fraktion, **Barbara Becker-Hornickel**, machte deutlich, wie sich die Betroffenen fühlten. „Nicht behandelt, alleingelassen und ins Abseits gestellt.“ Sie bedauerte, dass das Long-Covid-Institut nach Auslaufen der Förderung geschlossen wurde. Laut Sozialministerium hätte das Institut schon selbst für seine Finanzierung sorgen müssen, die Landesregierung wollte nur den Anschub des Instituts unterstützen. „Aber wir sprechen hier über so ernsthafte Erkrankungen mit so weitreichenden Auswirkungen auf Privatleben, Gesellschaft und Volkswirtschaft, dass in diesem Fall das Auslaufen der Förderung geradezu als fahrlässig zu bewerten ist“, erklärte Becker-Hornickel. Dabei sei Geld vorhanden gewesen. „Im MV-Schutzfonds lagen kürzlich noch 875 Millionen Euro für Maßnahmen im Zusammenhang mit der Bekämpfung der Corona-Pandemie.“ Becker-Hornickel hob die in MV gegründete Initiative „nicht genesen“ hervor, die sich um Betroffene kümmere und inzwischen deutschlandweit aktiv sei. Sie berichtete von erschütternden Erlebnissen mit Long-Covid-Kranken. „Es war einfach schrecklich.“ Menschen jeden Alters seien betroffen, Menschen, die eigentlich in die Mitte der Gesellschaft gehörten und nun nicht mehr fähig seien, ihr gewohntes Sozial- und Arbeitsleben aufzunehmen. „Wir können es uns als Gesellschaft nicht leisten, diese Menschen auf das Abstellgleis zu stellen.“

Die Wissenschaft arbeite mit Hochdruck an einer Long-Covid-Therapie, erklärte Gesundheitsministerin **Stefanie Drese** (SPD). Auch die deutsche Gesundheitspolitik setze sich schwerpunktmäßig für die Versorgung der Patienten ein. Das gelte auch für MV. So seien drei Millionen Euro für Aufbau und Betrieb von zwei Spezialambulanzen an den Universitätskliniken sowie für das Long-Covid-Institut in Rostock zur Verfügung gestellt worden. Drese bedauerte das Ende des Long-Covid-Instituts. „Wir hoffen, dass die Expertise von Dr. Frommhold in MV erhalten bleibt, hierüber sind wir mit ihr im

Gespräch.“ Gleichzeitig könne das Land von einem großen Netzwerk mit renommierten Medizinern profitieren. Die Ministerin begrüßte, dass es bald eine rechtsverbindliche Grundlage für die vertragsärztliche Versorgung von Long-Covid-Kranken geben soll. „Diese sieht eine gestufte Versorgung von Haus- und Fachärzten vor.“ Schon jetzt behandelten Hunderte von Ärzten diese Patienten. So hätten im vierten Quartal des letzten Jahres 940 Haus- und Fachärzte Patienten mit dem chronischen Fatigue-Syndrom behandelt. „Es ist also ganz und gar nicht so, wie es die FDP in ihrem Antrag titelt, dass irgendjemand alleine gelassen wird – ganz im Gegenteil“, betonte sie und warnte vor einer emotionalisierten Debatte. „Bei allem Verständnis für die Ungeduld dürfen wir nicht vergessen, dass wir den medizinischen Fortschritt nicht erzwingen können.“

Der AfD-Abgeordnete **Thomas de Jesus Fernandes** nahm sich in seinem Redebeitrag des SPD-Antrags an. Dort werde die Landesregierung aufgefordert, den Bewertungsausschuss der Ärzte und Krankenkassen zu bitten, den Einheitlichen Bewertungsmaßstab (EBM) entsprechend der Long-Covid-Richtlinie schnellstmöglich anzupassen und damit die Vergütung zu regeln. Er wies darauf hin, dass es bereits seit Dezember 2023 eine Long-Covid-Richtlinie gebe, die vom Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA) beschlossen wurde. Das Bundesgesundheitsministerium müsse sie nun prüfen, mit der Veröffentlichung im Bundesanzeiger trete sie in Kraft.

Danach habe der Bewertungsausschuss sechs Monate Zeit, den EBM anzupassen und die Vergütung zu regeln, sagte de Jesus Fernandes. Er führte weiter aus, dass die Forderung von SPD und DIE LINKE an die Landesregierung, den EBM entsprechend der Long-Covid-Richtlinie schnellstmöglich anzupassen, verfrüht sei. Es werde mindestens bis zum Oktober dieses Jahres dauern, bis dies soweit sein kann. „Wozu also dieser Punkt in ihrem Antrag!“

Die CDU-Abgeordnete **Katy Hoffmeister** machte auf die vielen ungeklärten Fragen im Zusammenhang mit der Long- beziehungsweise Post-Covid-Erkrankung aufmerksam. So lasse sich nicht seriös ermitteln, wie hoch die Zahl der Erkrankten tatsächlich ist. „Es gibt kein



Torsten Koplin (DIE LINKE)



Barbara Becker-Hornickel (FDP)



Sozialministerin Stefanie Drese



Thomas de Jesus Fernandes (AfD)



Katy Hoffmeister (CDU)



Christine Klingohr (SPD)



Dr. Harald Terpe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Foto: Uwe Sinnecker/Archiv

einheitliches Krankheitsbild, schätzungsweise 200 verschiedene Symptome, die auf eine Long-Covid-Erkrankung zurückgeführt werden können.“ Für die Betroffenen sei das eine extrem belastende Situation, da oftmals eine Vielzahl von Arztbesuchen notwendig ist, um die Diagnose zu sichern. Deutschlandweit seien spezialisierte Anlaufstellen eingerichtet worden, darunter drei in MV. Doch nach wie vor gebe es sehr lange Wartezeiten, was darauf schließen lässt, dass der Bedarf wesentlich größer als das Angebot ist. Hoffmeister verwies auf andere Bundesländer, in denen sich Haus- und Fachärzte vernetzt hätten, um eine interdisziplinäre ambulante Behandlung von Long- und Post-Covid-Patienten sicherzustellen. Dies sei auch für MV ein möglicher Ansatz, um die begrenzten Kapazitäten der Spezialambulanzen zu entlasten. Die CDU-Politikerin fügte hinzu, dass für sie die Umstände der Einstellung des Long-Covid-Instituts noch völlig unklar seien. „Auch Zuwendungs- und Zweckbindungsfragen sind noch offen.“ Unklar sei auch, ob es Rückforderungen geben wird und wie die bisherigen Behandlungsergebnisse gesichert werden.

Patienten mit dem Verdacht auf eine Erkrankung im Bereich von Long-Covid, Post-Vac oder dem chronischen Fatigue-Syndrom sollten eine zuverlässige, kompetente und eine systematisch aufeinander abgestimmte Hilfe erhalten, betonte **Christine Klingohr** (SPD). Eine wichtige Hürde auf dem Weg dorthin sei die neue

Richtlinie des G-BA. Dort seien die drei Krankheitsbilder Long-Covid, Post-Vac oder das chronische Fatigue-Syndrom explizit berücksichtigt. „Damit bestehen nun erstmals bundesweit Vorgaben für eine koordinierte und strukturierte Versorgung.“ In der Richtlinie sei festgelegt, dass die erste Ansprechperson für Betroffene der Haus- beziehungsweise der Kinder- und Jugendarzt sein soll. „Dieser soll dann die weiteren Schritte unter anderem mit Fachärzten koordinieren und ist verantwortlich dafür, den richtigen Behandlungspfad zu wählen“, sagte Klingohr. Deshalb müsse bei den Hausärzten für großes Verständnis für diese komplexe Erkrankung geworben sowie Fort- und Weiterbildungen organisiert werden.

Dr. Harald Terpe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betonte die Notwendigkeit des Austauschs zwischen Politik und Betroffenen, unter anderem mit der Initiative „nicht genesen“. Es sei in diesem Zusammenhang wichtig, dass der öffentliche Gesundheitsdienst, die ärztliche Selbstverwaltung und die gesetzlichen Krankenkassen eng zusammenarbeiten. „Natürlich ist das gesetzliche Kassensystem in Deutschland mit den Haus- und Fachärzten die erste Konsultations- und Anlaufstelle.“

Es sei jedoch wichtig zu beachten, dass es eine sehr große Zahl von Patienten mit Long- und Post-Covid-beziehungsweise Post-Vac-Erkrankungen gebe. „Wir müssen den Bedarf kalkulieren.“ Dabei könnten das Landesamt für Gesundheit und

Long- und Post-Covid sowie Post-Vac

Long-Covid bezeichnet gesundheitliche Beeinträchtigungen nach einer Corona-Erkrankung, die über die akute Krankheitsphase von vier Wochen hinaus bestehen. Sie bleiben längerfristig bestehen oder treten im Verlauf von Wochen und Monaten nach der Infektion neu oder wiederkehrend auf. Von Post-Covid wird gesprochen, wenn Beschwerden 12 Wochen und länger nach der Infektion noch vorhanden sind oder danach neu auftreten.

Long-Covid kann sich mit sehr unterschiedlichen Symptomen zeigen. Darunter sind das chronische Erschöpfungssyndrom (ME/CFS), Konzentrations- und Gedächtnisprobleme oder

anhaltende Beschwerden wie Kurzatmigkeit und persistierender Husten. Die Symptome können einzeln oder in Kombination auftreten und mit Beeinträchtigungen der Lebensqualität und Funktionsfähigkeit im Alltag einhergehen.

Unter dem Post-Vac-Syndrom (Vac = Vaccination = Impfung) werden Verdachtsfälle von Nebenwirkungen in unterschiedlichem zeitlichen Abstand nach einer Covid-19-Impfung zusammengefasst. Die Symptome sind Long-Covid-ähnlich. Post-Vac stellt jedoch keine medizinisch definierte Bezeichnung einer Erkrankung dar.

(Quellen:
Robert-Koch-Institut; Paul-Ehrlich-Institut)

Soziales (LAGuS) und der kommunale Öffentliche Gesundheitsdienst eine wichtige Rolle spielen, weil sie die vorhandenen Zahlen validieren könnten. „Es nützt für die Kalkulation wenig, wenn man sagt, wir haben zwischen 5000 und 80 000 Fälle. Also man möchte es genauer

wissen. Denn da stehen ja Finanzen dahinter“, betonte Terpe.

Der Antrag der Fraktionen DIE LINKE und SPD wurde bei Zustimmung DER LINKEN, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Ablehnung der AfD sowie Enthaltung von FDP und CDU angenommen.

Der FDP-Antrag wurde in diversen Einzelabstimmungen abgelehnt.

Antrag der Fraktionen DIE LINKE und SPD - Drucksache 8/3617 – in Verbindung mit: Antrag der Fraktion der FDP - Drucksache 8/3625 –

mgf

Debatte zu Vorfall an Gymnasium in Ribnitz-Damgarten

Vermittlung demokratischer Grundwerte an Schulen diskutiert

■ Ende Februar blickten überregionale und sogar ausländische Medien auf Ribnitz-Damgarten. Dort hatte der Schulleiter eines Gymnasiums die Polizei über mutmaßliche rechtsextreme Posts einer Schülerin informiert, was wiederum einen Polizeieinsatz nach sich zog. Während die Regierungsfaktionen im Landtag dieses Vorgehen begrüßten, wurde der Einsatz von der AfD rundweg kritisiert. Ein Gericht wird über die Rechtmäßigkeit entscheiden.

In MV hat es nach Ansicht der Regierungsfaktionen in jüngster Vergangenheit „regelrechte Kampagnen der Desinformation, der Hetze gegen Demokratinnen und Demokraten, betrieben auch durch Rechtsextreme“ gegeben. So sei der Direktor des Richard-Wossidlo-Gymnasiums in Ribnitz-Damgarten einer Hetzkampagne ausgesetzt gewesen, sagte der SPD-Fraktionsvorsitzende **Julian Barlen**. Falschmeldungen und Unwahrheiten seien massenhaft durch die „gut geschmierten Fake-News-Schleudern von AfD, Junger Freiheit und der rechtsextremen Identitären Bewegung“ verbreitet worden. Das sei ein Paradebeispiel einer „Täter-Opfer-Umkehr“ gewesen, betonte Barlen.

Hintergrund der Debatte ist ein Vorfall an dem Gymnasium Ende Februar, von dem es unterschiedliche Berichte gibt. Danach soll eine 16-jährige Schülerin möglicherweise staatschutzrelevante Inhalte über Social-Media-Kanäle verbreitet haben. Die Schulleitung habe die Polizei informiert. Obwohl es laut Polizei keinen Anfangsverdacht für eine Straftat gab, hätten sich die Beamten zusammen mit der Schulleitung

entschlossen, mit der Schülerin ein Aufklärungsgespräch mit präventivem Charakter zu führen. Der Schulleiter habe sie deshalb aus dem Unterrichtsraum geholt. Die Schule müsse wehrhaft gegenüber Positionen und Verhaltensweisen sein, die dem Grundgesetz widersprechen, betonte Barlen. Es gebe keine Neutralität gegenüber den Regeln und Werten des Grundgesetzes oder des demokratischen Rechtsstaates. „Wer sich neutral verhält, wenn rechtsextreme Codes und Parolen verbreitet werden, der ist eben nicht neutral, sondern macht sich zum Steigbügelhalter der Feinde unserer Verfassung.“

Der AfD-Abgeordnete **Enrico Schult** (AfD) vertrat die Überzeugung, dass Barlen mit seiner Einschätzung zur Täter-Opfer-Umkehr falsch liege. Das Opfer sei eindeutig das Mädchen, das vom Schulleiter und von der Polizei vorgeführt wurde. Er sprach von einer Chronologie des Versagens der Landesregierung und einiger Mitarbeiter. „Was da passiert ist, ist einfach inakzeptabel, insbesondere für uns Eltern, aber auch für die Schüler.“ Er zeigte sich zufrieden damit, dass der Vorfall von einem Verwaltungsgericht geprüft wird.

Das Verhalten der Schulleitung und der Polizei sei unverhältnismäßig gewesen. Schult kritisierte Bildungsministerin **Simone Oldenburg** (DIE LINKE), die sich demonstrativ hinter den Schulleiter gestellt habe. Auch der Landeselternrat hätte die Meinung vertreten, dass in solchen Fällen die Eltern die ersten Ansprechpartner sein müssten. Angesichts der Tatsache, dass die Politik immer mehr in die Schule getragen werde, müsse der soge-

nannte Beutelsbacher Konsens besser angewandt werden. Dieser besagt unter anderem, dass Schüler nicht mit Meinungen überwältigt werden dürften.

„Inakzeptabel ist, dass Sie ein junges, minderjähriges Mädchen verheizen für Ihren brutalen Kommunalwahlkampf“, warf Innenminister **Christian Pegel** (SPD) der AfD-Fraktion vor. Es sei die Unwahrheit, dass die Polizei oder der Schulleiter das Mädchen in die Öffentlichkeit gezerrt hätten. Genau das Gegenteil sei passiert, vielmehr hätte die AfD genau dies getan. „Wir haben sogar lange versucht, als Polizei sie zu schützen.“ Pegel betonte, dass der Staat und insbesondere die Polizei gegenüber einer Minderjährigen eine besondere Obhutspflicht hätten. Der Minister nahm die Polizisten in Schutz. „Wenn Polizei gerufen wird, kommt sie!“ Die Beamten hätten vor Ort festgestellt, dass kein strafrechtlich relevanter Inhalt vorliege. Aber sie hätten erkannt, dass da jemand mit dem rechtsextremen Milieu zumindest zwinkert. Die erfahrenen Beamten hätten dann den Eindruck gehabt, dass es sinnvoll sei, mit dem Mädchen ein präventives und entspanntes Gespräch zu führen. „Präventive Arbeit ist die wichtigste und schönste Arbeit der Polizei.“

„Die Feinde der Demokratie machen mit Ihren perfiden Kampagnen selbst vor Schulen nicht Halt“, sagte Wissenschaftsministerin **Bettina Martin** (SPD). Gegen solche Hetzkampagnen schon bei Kindern und Jugendlichen müssten die demokratischen Fraktionen mit klarer Haltung vorgehen. „Hier werden gezielt rote Linien übertreten.“ Kinder und Jugendliche würden instrumentalisiert und Lehrkräfte öffentlich an den Pranger gestellt. „Das ist unanständig und gefährlich.“ Es sei die Aufgabe der Lehrkräfte, ihre Schülerinnen und Schüler zu mündigen Bürgern zu erziehen. Martin warf der AfD vor, den Beutelsbacher Konsens bewusst

fehlzuinterpretieren. Dieser besage zwar, dass Schule neutral zu sein hat. „Neutralität heißt aber nicht, dass in der Schule nicht kontrovers diskutiert werden darf.“ Lehrkräfte müssten die demokratischen Grundwerte verteidigen. „Der Schulleiter am Richard-Wossidlo-Gymnasium hat genau diese Pflicht erfüllt.“

„Es geht darum, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu gewährleisten und keine weitere Polarisierung vorzustatten gehen zu lassen“, erklärte **Torsten Renz** (CDU). Es sei mehr als kritisch zu bewerten, wie das Mädchen in die Öffentlichkeit gezogen worden sei. Allerdings werde die Situation dadurch verkompliziert, dass die Mutter noch Anzeige erstattet habe. Nach Ansicht von Renz verharmlose die AfD die Posts des Mädchens. Gleichzeitig sei es der AfD gelungen, den Vorfall politisch zu instrumentalisieren. Bei der Bewertung der Vorkommnisse sei Transparenz das Gebot der Stunde, sagte Renz. Allerdings hätten das Innen- und Bildungsministerium klar versagt. Zudem müsse über das Verhalten der Polizei gesprochen werden. Wenn die Polizisten festgestellt hätten, dass keine strafrechtliche Relevanz vorliegt, müsse hinterfragt werden, warum sie mit dem Schulleiter durch die Schule gegangen sind.

„Rechtspopulismus, der sich in den dunklen Ecken des Internets nährt, bedroht den sozialen Zusammenhalt und das demokratische Fundament unseres Landes“, sagte die Fraktionsvorsitzende der LINKEN, **Jeannine Rösler**. Rechtspopulistische Kampagnen zielten darauf ab, die öffentliche Meinung durch Desinformation zu beeinflussen und die gesellschaftliche Spaltung weiter zu vertiefen. Dabei sei die Bildung die stärkste Waffe gegen die Flut von Falschinformationen.

Rösler nahm die Schulen vor dem AfD-Vorwurf in Schutz, dass es dort eine zunehmende politische Indoktrination gebe. Sie wies Unterstellungen, dass beispielsweise der Polizeieinsatz in dem Gymnasium eine Grenzüberschreitung durch die Landesregierung darstelle oder dass Schülerinnen oder Schüler bloßgestellt wurden, mit Nachdruck zurück.

Demokratie müsse gegen Angriffe geschützt werden, betonte die Fraktionsvorsitzende **Constanze Oehlich** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Ein Brennpunkt sei dabei der Bildungssektor, er

stehe im Kreuzfeuer von Demokratiefeinden. Dabei sei der AfD-Antrag ein Teil der Kampagne gegen staatliche Bedienstete und die Schule als demokratische Institution. „Unter dem Deckmantel der Meinungsfreiheit will die AfD diejenigen mundtot machen, die die Gefahren für die Demokratie nicht tatenlos hinnehmen.“ Dabei sei der staatliche Bildungsauftrag nicht neutral. Er werde bestimmt durch die Werte der Verfassung. „Das steht im Paragraf 2 des Schulgesetzes. Diese Regelung steht nicht zur Disposition.“ Die AfD nutze jede Gelegenheit, um Misstrauen und Zweifel zu säen, sagte Oehlich. Dazu greife sie sich diejenigen heraus, die jeden Tag ihren Kopf hinhalten. Persönlichkeitsrechte seien der AfD dabei egal. „Irgendetwas von den Vorwürfen wird schon hängenbleiben.“

Für die FDP führe an Meinungsfreiheit kein Weg vorbei, sagte **Sabine Enseleit** (FDP). „Unserem Verständnis von Demokratie widersprechen die Reaktionen von Bildungsministerium und der AfD auf den Vorfall in Ribnitz-Damgarten gänzlich.“ Sie sprach von unterschwelliger Gewalt seitens des Bildungs- und Innenministeriums. Die unverhältnismäßige Reaktion des Schulleiters gehe auf die Aufforderung des Bildungsministeriums zurück, auf solche Vorfälle unverzüglich die Polizei einzuschalten. „Das erinnert sehr an einen Staat, der das Wort demokratisch sogar im Namen getragen hat, aber alles andere als demokratisch war.“

Diese Politik des Verbots und Ausschlusses sei den Linken und der SPD auf die Füße gefallen. „Und so reitet die AfD mit großer Ausdauer weiter auf dem Thema. Das Pferd dafür hat das linke Bildungsministerium mit der Unterstützung des SPD-Innenministeriums selbst gezüchtet.“

Der Antrag der Regierungsfaktionen wurde bei Zustimmung von SPD und DIE LINKE sowie BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Enthaltung der CDU und Ablehnung von AfD und FDP angenommen. Der Antrag der AfD wurde bei Zustimmung der AfD und Ablehnung der anderen Fraktionen abgelehnt.

Antrag der Fraktionen der SPD und DIE LINKE - Drucksache 8/3620 in Verbindung mit: Antrag der Fraktion der AfD - Drucksache 8/3536

Debatte zu Parteienwerbung an Kitas

Zwei entsprechende Anträge der Oppositionsfaktionen

■ Ende März wurden an Kindertagesstätten der Städtischen Kita gGmbH Schwerin Hunderte Tüten Ostersüßigkeiten mit einem SPD-Aufkleber sowie den Porträts von Ministerpräsidentin Manuela Schwesig und Staatsministerin Reem Alabali-Radovan ausgegeben. Infolge eines kritischen Medienechos gestand die Ministerpräsidentin die Aktion als Fehler ein. Den Oppositionsparteien genügte das nicht; sie erwarteten eine Entschuldigung. In einer verbundenen Debatte verlangten ein Antrag der AfD sowie einer von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP den erneuten Versand eines Rundschreibens aus dem Jahr 2018. Dieses missbilligte solche Aktivitäten in Kitas. Die AfD bestand darauf, auch Schulen einzubeziehen. Der interfraktionelle Antrag drang zudem auf die Selbstverpflichtung der Landtagsfraktionen, Politiker und Kommunen, keine Parteien- und Wahlwerbung in Kitas zu tragen. Beide Anträge scheiterten.

■ **Enrico Schult** (AfD) rügte den interfraktionellen Antrag als ein „billiges Plagiat“. Denn dessen Forderungen decke schon der AfD-Antrag ab. Er vermutete dahinter das Verhindern einer Zustimmung zum AfD-Antrag. Seiner Fraktion sei „wichtig“, das Schreiben von 2018 wieder zu verteilen. Es war eine Reaktion auf den AfD-Landtagsabgeordneten Jürgen Strohschein, der in einer Kita bei Paskewalk Gummibärchen mit AfD-Aufkleber verteilte. Damals ging „ein Aufschrei“ durch das Land. Offensichtlich habe sich die Ministerpräsidentin schon vergangenes Jahr nicht an ihre eigene Anweisung gehalten. Zudem verwies sie auf das „unerfahrene Team“ in ihrem Wahlkreisbüro. Das bedeute, dass mit Fraktionsgeldern „illegale Parteienwerbung“ gemacht wurde. Solche Vorwürfe „wiegen tatsächlich schwer“.

mgl

■ **Torsten Renz** (CDU) erklärte die Motivation für den interfraktionellen Antrag. Die CDU habe „explizit“ dafür geworben, das Rundschreiben von 2018 abermals zu versenden. Doch es gab ein Nein von der Bildungsministerin und von der Regierungskoalition, die versuchten, ein „Ministerpräsidentin-Schutzprogramm zu fahren“. Er glaubte ein „wiederkehrendes Muster“ wahrzunehmen: „zuerst keine Reaktion“, dann beteuere man, da war doch „gar nichts“, dann werde beschwichtigt und am Ende die Schuld an anderen zugeschoben. Der Abgeordnete frage sich, warum nicht einfach gehandelt werde. Seine Fraktion wolle diesen Brief zusätzlich auch an die Parteien und Träger der Jugendhilfe adressieren ein „wesentlicher“ Unterschied zur AfD. Genauso wie es die Selbstverpflichtung aller Politiker sei, keine Parteiwerbung in Kitas zu machen.

■ Sozialministerin **Stefanie Drese** (SPD) vertrat „formal“ die Bildungsministerin, die eigentlich für Kitas zuständig sei. Doch halte sie sich für die richtige Ansprechpartnerin, da sie auch das Rundschreiben von 2018 veranlasst habe. Dessen „eindeutigen“ und „richtigen“ Aussagen gelten „nach wie vor“. Parteien- und Wahlwerbung sei „nicht mit den Zielen der Kindertagesförderung“ im Land oder bundesweit „vereinbar“. Basierend auf dem Paragraphen 1 des KieföG richte sich die Förderung von Kindern an deren Interessen aus. Da die Landesregierung „keine Rechts- und Fachaufsicht“ über die Kita-Träger habe, obliege es ihnen, „geeignete Maßnahmen zu ergreifen“. Die jüngsten Fälle seien „eine Ermahnung an uns alle“, im Umgang mit Kindern „sehr sorgsam und verantwortungsbewusst“ zu sein.

■ Kindergartenkinder könnten mit Wahlen „noch gar nichts anfangen“, hob **Jutta Wegner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) hervor. Mit dieser „Masche“ die Eltern der Kinder zu umwerben sei „einfach nur schäbig und billig“, entrüstete sich die Abgeordnete. Niemand hindere die Regierungskoalition daran, „gute Politik für Kinder“ zu machen. „Aber Schokohasen – ich bitte Sie!“, tadelte Jutta Wegner die SPD. Sie verstehe nicht, warum der Ministerpräsidentin bisher nur eine Erklä-

rung, aber keine Entschuldigung gelungen sei oder warum die Landesregierung nicht mit einem erneuten Rundschreiben reagiere. Daher nun der Antrag, dessen „wichtigster Aspekt“ die Selbstverpflichtung der Fraktionen sei, „Parteiwerbung in Kindertagesstätten künftig zu unterbinden“. „Wir müssen uns doch an unsere eigene Nase fassen“, appellierte die Abgeordnete an ihre Kollegen.

■ „Das sogenannte Hasengate“, begann **Sabine Enseleit** (FDP), habe „viel über das Selbstverständnis“ einer seit 25 Jahren in MV regierenden Partei „offenbart“. Die „große Dreistigkeit“ bestünde in der „Selbstverständlichkeit“, mit der die Ministerpräsidentin in die Kindergärten „reinspazierte“. Auch die „Empörung“ über die Berichterstattung der Medien zeige, dass die SPD „inzwischen Maß und Mitte verloren hat“. Unerklärlich sei, warum der Inhalt des sechs Jahre alten Rundbriefs vom SPD-geführten Sozialministerium ignoriert wurde. Da selbst beim „politischen Anstand“ der SPD „eine Lücke“ bestehe, liege nun der Gemeinschaftsantrag vor. Der AfD-Antrag sei nicht „förderlich“, denn er vermische Kitas mit politischer Bildung an den Schulen und mit der „vermuteten Ausgrenzung der eigenen Partei“.

■ „Frau Schwesig hat diese Osteraktion klar eingeordnet – auf ihre Kappe genommen“, unterstrich der Fraktionsvorsitzende **Julian Barlen** (Fraktionsvorsitzender SPD). Die Rechtslage sei eindeutig und könne „durch nichts verbessert werden“. CDU und AfD „sollten sich zunächst mal an die eigenen Löffel fassen, bevor Sie hier das moralischste aller denkbaren Eier legen“, hielt Julian Barlen den Antragstellern vor. Die Sache sei Vergangenheit und „unmittelbar nach Ostern entsprechend öffentlich eingeordnet worden“. Wenn die CDU zur gleichen Zeit aber in Anklam mit ihren Kommunalwahlkandidaten Osterhasen verteile, gebe es nur „Schweigen und Ruhe im Karton“, ohne sich „an die eigene Nase zu fassen“. Das sei „Doppelmoral“, und darum solle sie angesichts ihrer eigenen Versäumnisse die Empörung etwas „zurückschrauben“.

■ **Enrico Schult** (AfD) war die Klarstellung wichtig, dass das Rundschreiben noch aktuell sei und trotzdem habe die Ministerpräsidentin dagegen verstoßen. Es sei doch „unschädlich“, den Brief nochmal zu versenden. Denn Politik „hat in den Kindertagesstätten nichts zu suchen“, betonte der Abgeordnete. Seine Fraktion habe die Lehren daraus gezogen, die SPD „offenbar nicht“. Die CDU wiederum sehe keine Notwendigkeit, den Brief auch Schulen zukommen zu lassen. Dabei wurden von der CDU im Vorfeld der Bürgermeisterwahl 2022 in der Burg Stargarder Grundschule Gummibärchen und Eisgutscheine verteilt. Hier sah die AfD Handlungsbedarf. Enrico Schult beantragte die ziffernweise Abstimmung.

■ **Torsten Renz** (CDU) zeigte sich verwundert, dass sich DIE LINKE der Debatte enthielt. So treffe die Sozialministerin „das schwere Los“, die „Sache“ schönreden zu müssen, wenn sie unterstreiche, das Schreiben von 2018 sei „das bekannteste Schreiben“ im Land. Dann frage sich der Abgeordnete, ob die Ministerpräsidentin „über allem in diesem Land“ stehe und deshalb „bewusst“ dagegen verstoßen habe. Er werfe der SPD auch vor, „mit dem Finger auf die Träger der Kitas“ zu zeigen. Die hätten die Hasen ja nicht verteilen brauchen. Darum sei der fraktionsübergreifende Antrag nun wichtig, um ein „Signal“ zu senden, dass die Aktion nicht in Ordnung war und auf die Rechtslage geachtet werden müsse. Stimmen Sie dem Antrag zu, richtete Torsten Renz an die Regierungskoalition, „dann wäre das Thema aus der Welt“.

Bei der ziffernweisen Abstimmung folgte keine andere Fraktion dem AfD-Antrag. Dem interfraktionellen Antrag stimmten die CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP zu. SPD, DIE LINKE und AfD waren dagegen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Antrag AfD - Drucksache 8/3603

*in Verbindung mit:
Antrag CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und FDP - Drucksache 8/3644*

mye

Bürokratie verringern

Antrag der FDP stellt zehn Maßnahmen für Bürokratieabbau zur Diskussion

■ Bürokratie ist ein immer wiederkehrendes Thema, nicht nur im Landtag, sondern auch bei der FDP. Dieses Mal schlug sie zehn Maßnahmen für einen „kraftvollen Bürokratieabbau“ vor. Als Folge bekäme das Land ein „Konjunkturprogramm zum Nulltarif“. Die Fraktion dachte unter anderem an die Einführung eines Normenkontrollrates, der im Vorfeld einer Gesetzgebung deren Umsetzbarkeit und Auswirkungen abschätzt sowie Vereinfachungen empfiehlt. Weiter wünschte sich die FDP eine Meldeplattform, über die jeder Bürger unnötige Bürokratie mitteilen kann. Die Fraktion pochte auf die Umsetzung des im Koalitionsvertrag versprochenen „One in, one out“-Grundsatzes. Dafür müsste für jede neue Verordnung eine alte wegfallen. Ein Änderungsantrag der CDU drang sogar darauf, zwei Vorschläge bei Erlass einer neuen zu streichen. Die Ablehnung durch SPD und DIE LINKE verhinderte beide Anträge.

MV leide seit Jahren unter „einem regelrechten Bürokratie-Burn-out“, beklagte **René Domke** (Fraktionsvorsitzender FDP). Das „nimmersatte Monster“ Bürokratie verschlinge in allen gesellschaftlichen Bereichen Zeit und Ressourcen. Die FDP verkenne nicht, dass die EU 57 % der Bürokratie verursache. Trotzdem müsse Bürokratieabbau ein „integraler Bestandteil der Strategie der Landesregierung werden“. Das Tariftreue- und Vergabegesetz habe nicht dazu beigetragen. Nun sei Handeln gefragt, richtete der Abgeordnete an die Regierungsfractionen. Sinnvoll wäre, wenn Betroffene über eine Meldeplattform „digitale Merkzettel“ anlegen könnten, die auf die wiederholte Erfassung von Daten hinwiesen. Zusätzlich könnte ein Normenkontrollrat „die Qualität und Effizienz von Gesetzen“ prüfen oder redundante Regelungen aufzeigen. Momentan werde „immer mehr obendrauf“ gepackt, ärgerte sich René Domke. Darum begrüße er den CDU-An-

trag, der sogar über die FDP-Forderung hinausgehe.

Wirtschaftsminister **Reinhard Meyer** (SPD) unterstrich, wie wichtig ihm persönlich das Thema sei. Denn die FDP spreche „richtige“ Punkte an. Trotz vieler Diskussionen käme man nicht voran. Die Landesregierung erörtere den Bürokratieabbau auch im Zukunftsbündnis MV. Zunächst müsse allerdings beachtet werden, dass die Landespolitik nur auf der Landesebene agieren könne. Als Nächstes müssten die Bürokratiebelastungen und Standards „klar definiert“ werden. Gesetze seien schwer vergleichbar oder austauschbar. Natürlich hätten digitale Verfahren Vorrang, aber dann benötige man die erforderliche Infrastruktur und entsprechende Prozesse. Die Zeit der „Allgemeinplätze“ sei vorbei, es fehlten „konkrete Vorschläge“ und „mehr Mut zu großen Würfeln“, mahnte der Minister. Er habe bei der Einführung von Vereinfachungen auch Widerstände beobachtet. Benötigt werde also eine „klare Haltung [...]“, dass man was voranbringen will“.

Martin Schmidt (AfD) schloss sich der FDP-Kritik zum Tariftreuegesetz an. Es „konterkariert“ gewinnorientiertes Wirtschaften, belaste die Kassen der Kommunen und die Unternehmen mit Bürokratie. Zudem wurden von 2016 bis 2022 im Land 103 Gesetze erlassen, aber nur 29 abgeschafft. „Also genau das Gegenteil von ‚one in, one out‘“, resümierte der Abgeordnete.

Dennoch: die „Scheinlösungen“ der FDP helfen nicht. „Hört sich alles schön und gut an“, urteilte Martin Schmidt, „aber wir brauchen nicht noch mehr Expertengremien bei der Landesregierung, Meldeplattform-Klimbim und Sprachgirlanden“. Die AfD wolle „eine echte liberale Gesellschaft“, in der jeder Geld verdienen könne, solange er niemandem schade. Sie wolle, dass Steuergeld denen zugutekomme, die es erarbeiteten. Statt des Antrages bedürfe es „eines fundamentalen,

politisch-philosophischen Wechsels in den Parlamenten hier in Schwerin, in Berlin und auch in Straßburg“.

Der Antrag der FDP finde die Zustimmung der CDU, betonte **Wolfgang Waldmüller** (CDU) gleich zu Beginn. Es sei an der Zeit, „einen grundlegenden Wandel der Mentalität“ in Gesetzgebung und Verwaltungsvollzug zu befördern. Gut wäre, das Vertrauen in die „Rechtstreue der Betriebe“ zu stärken und die Erfahrungen aus der Praxis einzubeziehen. Bürokratie verringern, Flexibilität erhöhen und Betriebe entlasten, das seien die in Gesprächen am häufigsten erhobenen Forderungen von Vertretern der Wirtschaft. Da könne ein unabhängiger Normenkontrollrat helfen, Gesetze „praxisgerecht, verständlich und rechtssicher“ zu machen. Wolfgang Waldmüller schien es „logisch“, dass für einen wirklichen Bürokratieabbau ein neues Gesetz zwei alte außer Kraft setzen müsse, so wie es die CDU vorschlage. Auch stimme er dem Minister zu, „größer“ zu denken. Immer nur reden, genüge nicht mehr. „Einfach mal machen!“, sei jetzt die Devise.

„Bürokratie wird oft völlig undifferenziert als überbordendes, ausuferndes oder die Wirtschaft ausbremsendes Monster dargestellt“, hielt **Henning Förster** (DIE LINKE) fest. Tatsächlich ließen sich „viele gute Beispiele“ finden, wo „klare Regeln und feste Standards“ nicht nur „notwendig“ seien, sondern „vor Willkür schützen“. Die Kritik am Tariftreue- und Vergabegesetz ließ der Abgeordnete nicht gelten. Denn der Bürokratieaufwand sei verglichen mit vorher gleichgeblieben.

Der Abgeordnete zweifelte an der Nützlichkeit der FDP-Vorschläge. Die Schaffung eines neuen Gremiums sei nichts anderes als Bürokratie. Die Meldeplattform komme ihm wie der Aufbau einer „Bürokratieabbau-Bürokratie“ vor. Henning Förster betrachtete die Herangehensweise der Landesregierung, ge-

meinsam mit den Kammern im Rahmen des Zukunftsbündnisses überflüssige Regelungen aufzuzeigen, für den effizienteren Weg. Darum lehne seine Fraktion den Antrag ab.

Jutta Wegner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) war es wichtig, „dass Bürokratieabbau nicht zulasten von Umwelt, Natur und Verbraucherschutz geht“. Die Berücksichtigung dieser Aspekte im Antrag erleichtere ihrer Fraktion die Zustimmung.

Der Grundsatz „one in, one out“ sei eigentlich nur eine „Floskel“, weil Bürokratieabbau einer „Daueraufgabe“ gleichkomme, die nicht unbedingt an solche Prinzipien geknüpft werden müsse. Gleichzeitig verlange eine „komplexer werdende Welt“ ganz „automatisch mehr Regeln“. In Bezug auf Künstliche Intelligenz rief die Wirtschaft bereits nach Regulierung, um Rechts- und Planungssicherheit zu bekommen. Zur Wahrheit gehöre auch, hob die Abgeordnete hervor, dass Gesetze unnötig kompliziert würden, wenn Lobbygruppen ihre wirtschaftlichen Interessen durchsetzten. Ein Beispiel sei hier das Thema Standardisierung, bei deren Umsetzung die Unternehmen den Verlust ihres Geschäftsfeldes fürchteten.

Philipp da Cunha (SPD) stimmte zu, dass „ausufernde Bürokratie“ ein Wettbewerbsnachteil für eine Region sein könne. Aber im Interesse der Rechtssicherheit, „müssen und wollen wir uns Regeln und Standards geben“, wand der Abgeordnete ein. Auch das Parlament gebe Pflichten vor, bei denen man kritisch draufschauen könne, ob das immer „notwendig“ und „gerechtfertigt“ sei. Philipp da Cunha sah bereits gute Ansatzpunkte zum Bürokratieabbau bei den „frühzeitigen Verbandskonsultationen“ für Gesetzgebungsverfahren. Auch bei Landesprogrammen werde mit „möglichst einfachen Anträgen“ gearbeitet. Er gab aber zu bedenken, dass vereinfachte oder re-

duzierte Nachweise das Fehlerrisiko erhöhten und zu falschen Förderbescheiden führen könnten. Er erwähnte auch die Experimentierklausel im E-Government-Gesetz, wo Kommunen Ausnahmen zugestanden würden.

Seine Fraktion wolle das Thema weiter beraten, lehne den Antrag aber ab.

René Domke (FDP) freute es, dass der Wirtschaftsminister Anregungen aus dem Antrag verfolgen wolle. Die Verwaltung sei heute so „hoch spezialisiert“, dass kaum überblickt werde, welche Daten oder Begrifflichkeiten in anderen Bereichen erhoben würden. Darum sei der „digitale Meldezettel“ für die Meldeplattform so wichtig, weil er während der Arbeit im laufenden Prozess ausgefüllt werden könne. Und deswegen brauche es so etwas wie eine Normenkontrolle, war der Abgeordnete überzeugt und sicherte zu, weitere Vorschläge zu erarbeiten. So sei ein Beispiel für Überregulierung die Kennzeichnungspflicht von Lebensmitteln. Die FDP glaube an den mündigen, aufgeklärten Bürger, der selbstständig entscheiden kann, was er esse. Diesen „Haufen Vorschriften“ könnte man „sofort abschaffen“.

Natürlich sei Planungssicherheit „ein hohes Gut“, aber das passe nicht zu dieser „ad hoc Gesetzgebung“, die ständig irgendwo eingreift.

Dem Änderungsantrag der CDU stimmten der Antragssteller, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu. Die AfD enthielt sich, während DIE LINKE und SPD ablehnten. Mit dem gleichen Abstimmungsergebnis passierte auch der FDP-Antrag nicht das Parlament.

*Antrag FDP - Drucksache 8/3622
hierzu
Änderungsantrag CDU -
Drucksache 8/3658*

mye



René Domke (Fraktionsvorsitzender FDP)



Wirtschaftsminister Reinhard Meyer (SPD)



Martin Schmidt (AfD)



Wolfgang Waldmüller (CDU)



Henning Förster (DIE LINKE)



Jutta Wegner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)



Philipp da Cunha (SPD)

Foto: Uwe Sinnacker/Archiv

CDU will Clankriminalität stärker bekämpfen

Mehrheit im Landtag betrachtet Sicherheit als gewährleistet

■ Die Verbrechen der organisierten Kriminalität beziehungsweise der Clankriminalität stehen häufig im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Taten wie der Überfall auf das Grüne Gewölbe in Dresden werden einem Clan zugeschrieben. MV steht bei dieser Form der Kriminalität nicht im Brennpunkt des Geschehens. Die CDU möchte vorbeugend die polizeilichen Maßnahmen verschärfen. Breite Unterstützung findet sie dabei nicht.

Die CDU sieht erheblichen Nachholbedarf bei der Bekämpfung der sogenannten Clankriminalität. „Es schützt die Demokratie, wenn wir unser Land vor Schwerstkriminellen schützen und vor solchen Auswüchsen, wie die Clankriminalität es uns immer wieder vor Augen führt“, sagte der CDU-Fraktionsvorsitzende **Daniel Peters**. Er forderte deshalb die Landesregierung auf, zusammen mit dem Bund und den anderen Bundesländern organisatorische, präventive, gesetzgeberische und personelle Maßnahmen zu prüfen, um der organisierten Kriminalität den Kampf anzusagen. Er zweifelte dabei den Willen der rot-roten Koalition an, diesen Kampf aufzunehmen. Er griff dabei insbesondere DIE LINKE an, die seiner Ansicht nach die Clankriminalität negiere, sondern eher bei deutschen Unternehmen verorte. „Genau das ist die Arroganz und auch die Ignoranz, die es der Clankriminalität erheblich erleichtert, in Deutschland Fuß zu fassen.“ „Es ist vielleicht ein Zufall oder auch kein Zufall, dass sich der Chef eines bekannten Verbrecherclans offenbar vorstellen kann, hier in MV seinen Altersruhesitz zu nehmen“, sagte Peters. Er bezog sich dabei auf Medienberichte, nach denen der mutmaßliche Clan-Chef Issa Remmo seinen Wohnsitz nach Grabowhöfe (Landkreis Mecklenburgische Seenplatte) verlegt und auch die deutsche Staatsangehörigkeit beantragt haben soll. Er könne nur hoffen, dass der Landkreis nicht dafür zuständig ist, sagte Peters. Viele Details

der Clankriminalität lägen im Dunkelfeld. Peters zeigte sich überzeugt, dass die Landesregierung die Meinung vertreten werde, dass es die Clankriminalität in MV gar nicht gebe. „Wir aber wollen, dass man genauer hinschaut.“

Innenminister **Christian Pegel** (SPD) führte aus, dass die Kolleginnen und Kollegen in seinem Ministerium und bei der Polizei, die nicht im Verdacht stünden, ein SPD-Parteibuch zu tragen, sich ziemlich überrascht über den CDU-Antrag gezeigt hätten. „Der Antrag konstruiert eine Bedrohung im Land, die es in der Tat nicht gab und auch nicht gibt.“ Zudem sollen laut Antrag Schritte unternommen werden, die längst gegangen werden und bereits durch den früheren CDU-Innenminister Lorenz Caffier initiiert worden seien. „Sie reden gerade die Aktivitäten und Leistungen ihres eigenen früheren Innenministers vollkommen unnötig schlecht“, sagte Pegel.

Der Innenminister warf der CDU-Fraktion vor, dass der Antrag textlich identisch mit einem Positionspapier zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität der innenpolitischen Sprecherkonferenz der CDU, der Landtage und des Bundestags sei. Der Antrag sei also nicht für MV gemacht, sondern gebe einen bundesweiten Trend wieder. Die CDU in MV hinke also der Zeit und den Tätigkeiten der Polizei und seiner beiden CDU-Vorgänger im Innenministerium hinterher. „MV war und ist kein sicherer Hafen für Clankriminelle“, betonte Pegel. „Der Antrag teilt das Schicksal des Hasen: Der Igel ist schon seit Jahr und Tag im Ziel.“

Der AfD-Fraktionsvorsitzende **Nikolaus Kramer** bestätigte den Eindruck von Minister Pegel: „Da treten die dem vorvorherigen Innenminister Lorenz Caffier aber mächtig in den Hintern mit diesem Antrag.“ Kramer kritisierte die CDU, die seiner Ansicht nach nur die Symptome bekämpfe, nicht aber die Ursachen. „Und da kommen Sie zu spät“, sagte er in Rich-

tung der Christdemokraten. Kramer sieht die Ursache für diese Art der Kriminalität eher in der Politik unter der Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU). Sie sei ursächlich für die Grenzöffnung und die illegale Massenmigration verantwortlich. Die CDU selbst sage ja, dass 54 Prozent der organisierten Kriminalität und Clankriminalität von Migranten begangen werden.

Grundsätzlich begrüßte Kramer jedoch das Anliegen der CDU. „Natürlich müssen wir reden über die hervorragende Arbeit, die bis zu 6000 Polizeibeamte in diesem Land tagtäglich leisten.“ Allerdings lehne seine Partei die im Antrag geforderte Vorratsdatenspeicherung ab. „Das ist ein Spagat. Auf der einen Seite die Freiheit, auf der anderen Seite die Sicherheit.“ Da müsse ein Kompromiss gefunden werden.

„Die CDU-Fraktion benutzt den Landtag, um sich bundespolitisch zu profilieren als rechtslastige Law-and-Order-Partei, die den Rechtsstaat schleifen will“, kritisierte **Michael Noetzel** (DIE LINKE). Der Antrag sei ein Sammelsurium an Vorschlägen, die wenig bis gar nicht in den Gestaltungsspielraum des Landtags fallen.

Es sei problematisch, dass die CDU suggeriere, MV sei bislang gegenüber der organisierten Kriminalität untätig. „Die CDU braucht hier nicht zu tun, als würde sie das Rad neu erfinden“, sagte Noetzel. Organisierte Kriminalität sei kein neues Phänomen, auch deren Bekämpfung nicht. Problematisch sei allerdings die Skepsis, die die CDU den Strafverfolgungsbehörden entgegenbringe. „Wir haben da mehr Vertrauen in die Handlungsfähigkeit und Expertise unserer Behörden“, sagte der LINKEN-Politiker. Zudem zeichne die CDU ein düsteres Bild von MV: „Man könnte meinen, wir haben sizilianische Verhältnisse – nur mit schlechterem Wetter.“

Unter Clankriminalität falle nicht nur schwere organisierte Kriminalität, son-

dem auch ein großer Teil an allgemeiner Kriminalität, sagte die Fraktionsvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, **Constanze Oehlich**. Der Begriff der Clankriminalität benenne nicht eine bestimmte Art der Kriminalität, sondern den Umstand, dass sich bestimmte Menschen strafbar oder ordnungswidrig verhalten. Das sei aber die zentrale Kritik an dem Begriff: „Kriminalität werde kollektiviert und bestimmten Familien zugeschrieben, arabisch-stämmigen, türkisch-stämmigen oder auch kurdisch-stämmigen Familien, die insbesondere nach dem Libanon-Krieg nach Deutschland gekommen sind“, sagte Oehlich. „Das birgt ein großes Diskriminierungspotenzial.“ Oehlich kritisierte, dass die CDU-Fraktion keine konkreten Maßnahmen zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität aufliste, sondern nur die Landesregierung zum Handeln auffordere. Sie verwies auf ein Strategiepapier des Bundesinnenministeriums, wo eine Reihe von Maßnahmen aufgelistet seien. So müsste die Vermögensabschöpfung konsequenter angewandt, die Personalsituation bei den Sicherheitsbehörden verstärkt und Schwerpunkt-Staatsanwaltschaften aufgebaut werden.

David Wulff (FDP) zeigte kein Verständnis für die ablehnende Haltung gegenüber dem CDU-Antrag. „Es gibt Grund zur

Sorge, dass in unserer Bundesrepublik etwas in Schiefelage gerät.“ Es sei auch richtig, darüber zu sprechen. MV gehöre laut Bundeskriminalamt zwar nicht zu den Schwerpunkten der organisierten Kriminalität, aber Sachsen gehöre ebenso nicht dazu. „Den Einbruch ins Grüne Gewölbe hat ja nun wirklich jeder mitbekommen“, erinnerte Wulff. Für den Einbruch im November 2019 in Dresden waren vier Männer aus dem Remmo-Clan zu langjährigen Haftstrafen verurteilt worden.

Die Hauptwohnsitze der Clans lägen zwar in Berlin, Hamburg oder Nordrhein-Westfalen. „MV liegt genau zwischen den Metropolen“, sagte Wulff. Und die Landesregierung mache immer Werbung mit „Ein Land zum Leben“, „Ein Land zum Urlaubmachen“ oder „Ein Land zum Arbeiten“. Er fügte hinzu: „Fehlt nur noch, Ein Land zum Panzerknacken.“ Die bisherigen Straftaten wie Überfälle auf Geldtransporter oder Bankautomaten seien vielleicht nur die Vorboten. „Wir wollen nicht, dass das bei uns Fuß fasst.“ Clankriminelle seien schlicht gewinnorientierte Gemeinschaften auf krimineller Basis.

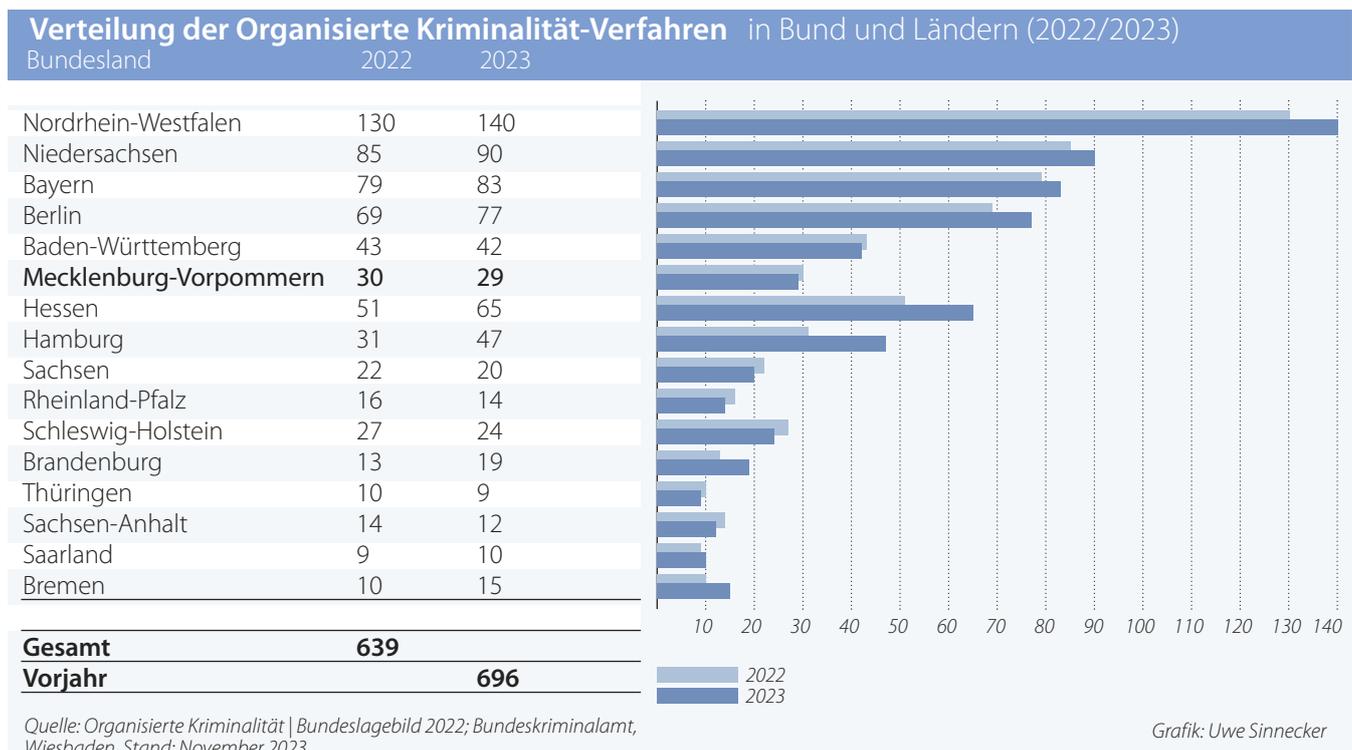
Für **Bernd Lange** (SPD) ist der CDU-Antrag zur Clankriminalität nicht notwendig, um den Sachverhalt in den Griff zu bekommen. In der aktuellen Definition des Bundeskriminalamts zu dieser Form

der Kriminalität spielten die Ethnien der Tätergruppen keine Rolle. Lange berichtete, dass sich der mutmaßliche Clan-Chef Issa Remmo bereits seit einem Jahr in Grabowhöfe eingemietet habe. Er soll auch beim Landkreis wegen einer Einbürgerung gewesen sein. „Herr Remmo ist nicht vorbestraft. Er hat ein blitzsauberes Führungszeugnis“, sagte Lange. Die Ermittlungen gegen die organisierte Kriminalität würden in der Landespolizei professionell akribisch geführt. So hätten zwar Tatverdächtige zu dem Überfall auf den Geldtransporter bei Gützkow ermittelt werden können. „Leider reicht die Indizienkette für eine Verurteilung nicht rechtssicher aus“, bedauerte Lange. „Unsere Landespolizei ist kein Jagdhund, den man zum Jagen tragen muss.“

Der Antrag der CDU-Fraktion wurde bei Ablehnung von SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Enthaltung der AfD und Zustimmung von CDU und FDP abgelehnt.

Antrag der Fraktion der CDU - Drucksache 8/3612

mgl



Transparenz bei der Wärmewende

Vorschlag für zentrales Landesportal mit Daten der Wärmeplanung

■ Mit Beginn des Jahres trat das Wärmeplanungsgesetz des Bundes in Kraft. Es verpflichtet die Kommunen, anhand des Bedarfs für Heizenergie Fernwärmeleitungen zu planen. Möglichst viele Abnehmer sollen diese Wärmenetze nutzen, die dann zur Erreichung der Klimaziele mit erneuerbarer Energie gespeist werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN war daran gelegen, die kommunale Wärmeplanung und die Vorhaben zum Bau von Wärmeleitungen „früh“, „offensiv und verständlich“ zu kommunizieren. Gebäudeeigentümer sollen erfahren, ob und wann ihr Haus mit dem Wärmenetz verbunden werde. Da Wärmenetzbetreiber über eine Monopolstellung verfügten, brauche es hier eine besondere Transparenz, so wie im Gesetz betont. Hier solle das Land mit der Erstellung einer nutzerfreundlichen Online-Transparenzplattform anknüpfen. Dann können der Stand der kommunalen Wärmeplanung sowie die Kosten der Fernwärme offen eingesehen werden.

„Die Wärmewende ist kein Selbstläufer“ und brauche „Orientierung und Sicherheit“, begründete **Hannes Damm** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) die Motivation seiner Fraktion, ein landeseigenes Internetportal zu fordern. Dass Kommunen und Wärmenetzbetreiber den Gebäudeeigentümern die notwendigen Informationen zur Wärmewende „schnell, leicht verständlich und einfach zugänglich“ machten, sah der Abgeordnete als „grundlegenden Bürgerservice“ und eine „Bringschuld der Verwaltung“. Zudem verlange das Wärmeplanungsgesetz ausdrücklich eine textliche, grafische und kartografische Veröffentlichung der Zwischen- und Endergebnisse der Wärmeplanung. „Eine einheitliche Plattform für ganz MV“ spare den einzelnen Kom-

munen Kosten und Bürokratie. Die „Leute haben Bock“ auf die Wärmewende, freute sich Hannes Damm und appellierte an die Regierung: „Wir liefern die Website, die Kommunen und Netzbetreiber liefern die Daten [...] und die Menschen liefern den Klimaschutz“.

Die Landesregierung teile den Willen zum Klimaschutz, unterstrich Innenminister **Christian Pegel** (SPD). Sie werde aber den Menschen, Unternehmen und Kommunen nicht „noch mehr Druck“ machen. Es sei „ein sehr klares Ziel“ des Landes, alle „denkbaren Vereinfachungen“ des Gebäudeenergie- und des Wärmeplanungsgesetzes zu nutzen. Der Antrag hingegen gebe den Kommunen weitere Pflichten auf. Der Minister hinterfragte zudem den Sinn der landesweiten Kenntnis der Fernwärmepreise. Im Gegensatz zu Gas, Strom, Telekom könne der Kunde den Anbieter hier nicht wechseln.

Christian Pegel versicherte, dass die Wärmeplanungen entsprechend den Vorgaben des Bundesgesetzes durch transparente Verfahren begleitet werden. Die Bundesregelung beinhalte gleichfalls Veröffentlichungen zum Fortschritt der Arbeiten auf „einer zentralen Seite des Bundeswirtschaftsministeriums“. So hätten die Bürger Zugang zu den gewünschten Informationen.

Petra Federau (AfD) hielt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor, sich nicht über die laufende Initiative der Arbeitsgemeinschaft Fernwärme, dem Verband der Betreiber von Heizkraftwerken und Fernwärmenetzen, informiert zu haben. In Abstimmung mit der Bundesregierung und den Industriepartnern werde der Verband im Frühjahr eine Fernwärme-Transparenzplattform starten. Dort werden auch Preise für Fernwärme abrufbar sein. Man hätte bei besserer Recherche des Antragstellers „heute viel Zeit gespart“. Petra Federau stimmte dem Innenminister zu, dass das Bundesgesetz

„eine unverzügliche Veröffentlichung der Ergebnisse sowie Eignungsprüfung, Bestandsanalyse, Potenzialanalyse“ der Wärmeplanung vorschreibe. Eine im Antrag geforderte „gebäudescharfe Darstellung“ sei „datenschutzrechtlich höchst bedenklich“ und binde unnötige Ressourcen und sei daher genauso wie der Antrag abzulehnen.

Daniel Peters (CDU) lobte BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dafür, den Antrag mit einer Informationsveranstaltung für die Fraktionen vorbereitet zu haben. „Aber im Großen und Ganzen“ stimme seine Fraktion dem Innenminister zu, der vor „mehr Bürokratie auch für die kommunale Ebene“ warne. Zudem haben die Vordredner „richtigerweise“ darauf hingewiesen, was schon bezüglich Transparenz in Arbeit sei. Für seine Fraktion sei der „Mehrwert“ der geforderten Online-Plattform nicht erkennbar und der Aufwand nicht gerechtfertigt. Gerade der Punkt zur Genauigkeit der Angaben pro Gebäude werfe Datenschutzbedenken auf. Daniel Peters hätte lieber die noch offenen Fragen diskutieren wollen. Dazu gehöre, wie viel Geld stelle der Bund eigentlich zur Verfügung oder wie würden die Finanzen an die Kommunen weitergereicht. Zumal die Landesregierung festgestellt habe, dass die Bundesmittel für MV „nur die Hälfte der Kosten decken“.

Daniel Seiffert (DIE LINKE) erwähnte die sehr unterschiedlichen Voraussetzungen für die Wärmeplanung im Land. Einige Kommunen seien bereits weit fortgeschritten, andere hätten Fachfirmen beauftragt und wieder andere benötigten fachliche und finanzielle Hilfe. Neben dem hohen Bedarf an Unterstützung fehlten zudem noch einige „landesrechtliche Grundlagen“, die abzuwarten seien. Der Abgeordnete sprach ebenfalls die vom Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft, dem Verband kommunaler Unternehmen und der Arbeitsgemeinschaft Fernwärme angekündigte



Hannes Damm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)



Innenminister Christian Pegel (SPD)



Petra Federau (AfD)



Daniel Peters (CDU)



Daniel Seiffert (DIE LINKE)



David Wulff (FDP)



Martina Tegtmeier (SPD)

Plattform an. „Damit reagiert die Branche auf die berechtigte Kritik an den enorm unterschiedlichen Preisen, die teilweise nicht nachvollziehbar sind“. Daniel Seiffert riet den Verbrauchern, bei zu hohen Preisen Einspruch einzulegen. Abschließend warnte er vor der Veröffentlichung sensibler Daten und teilte mit, seine Fraktion lehne den Antrag ab.

Auch **David Wulff** (FDP) würdigte, dass der Antragsteller im Vorfeld auf die anderen Fraktionen zugegangen sei. Dennoch komme man inhaltlich „leider nicht zusammen“. Der Antrag „suggeriere“, dass Fernwärme „das Allheilmittel“ der Wärmewende wäre. Das treffe auf dicht besiedelte Gebiete zu, aber MV sei „alles andere als dicht besiedelt“.

Seiner Ansicht nach werde die hiesige kommunale Wärmeplanung zu dem Ergebnis kommen, dass sich „jeder selbst drum kümmern“ müsse. Gerade im ländlichen Raum gebe es dann zwar eine Wärmeplanung, aber die Hausbesitzer blieben auf sich gestellt.

Die FDP stehe „absolut für Transparenz“, gerade dort, wo sich „natürliche Monopole“ bildeten. Aber das müsse „im Verhältnis“ stehen, zumal die Branche schon die Initiative ergriffen habe. Die FDP sehe die Notwendigkeit der Wärmewende. „Aber in der Praxis hilft nur Bürokratieabbau und Planungsbeschleunigung“, fasste David Wulff zusammen.

Martina Tegtmeier (SPD) verwies auf die gerade auf den Weg gebrachte Umsetzung der Verteilung der Bundesfördermittel. Zudem liefen die Gespräche über eine Landesverordnung zur Förderung der kommunalen Wärmeplanung, „damit diese dann auch bis 2028 fristgemäß durchgesetzt werden kann“. Martina Tegtmeier stellte klar, dass sich nicht jede Gemeinde mit der Wärmeplanung befasse, sondern auf „Amtsebene“ angesiedelt werde. „Sonst ist gar kein Personal dafür da“. Über die Planungsergebnisse solle „öffentlich“ in der Gemeinde- oder

Stadtvertretung entschieden werden. Man könne darüber reden, „ob und wie“ man die Ergebnisse auf einer zentralen Plattform veröffentliche. Aber der erste Schritt sei die Organisation der finanziellen Unterstützung und der zweite die transparente Gestaltung der Wärmeplanung „unter Einbeziehung aller Akteure vor Ort“. Auch ihre Fraktion wolle keinen „unnützen, zusätzlichen bürokratischen Aufwand“ und lehne darum ab.

Hannes Damm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ging auf das Angebot von Martina Tegtmeier ein, über den Umfang einer möglichen Plattform zu reden und beantragte die Überweisung in die Ausschüsse.

Der Ansicht des Innenministers, es gebe schon viel Transparenz, stimmte der Abgeordnete allerdings nicht zu. Gleichfalls wolle er vermeiden, dass die Kommunen einfach ein PDF der Wärmeplanung online stellen, in dem die Details mühsam gesucht werden müssten. Es wäre doch viel weniger Aufwand, wenn „diese drei Datensätze“ zentral erfasst und eingepflegt würden.

Die Bedenken zum Datenschutz räumte Hannes Damm aus. Es ginge lediglich um die Darstellung, ob der Fernwärmeanschluss komme oder nicht. Dies würde ohnehin veröffentlicht, die Netzplanungen der Stadtwerke hingegen nicht. Das aber wolle seine Fraktion, da es eine „absolut sinnvolle“ Information sei. Denn bei zu vielen individuellen Lösungen lohne sich der Netzausbau am Ende nicht.

Der Überweisung stimmten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP zu während SPD, DIE LINKE, AfD ablehnten. Der Antrag selbst erhielt nur das Ja von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, alle anderen Fraktionen wiesen ihn ab.

Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
Drucksache 8/3609

mye

Meldungen

Landtag für olympische Segelwettbewerbe in MV

■ MV steht für die Ausrichtung der olympischen Segelwettbewerbe bereit, sollte Berlin den Zuschlag für die Olympischen Spiele erhalten. Der Standort Rostock/Warnemünde habe bereits bewiesen, dass er internationale Segelwettbewerbe ausrichten kann, sagte Christian Brade (SPD) bei der Aussprache über den fraktionsübergreifenden Antrag.

Es gebe zwar Einwände gegen Olympische Spiele, sagte Sportministerin Stefanie Drese (SPD). Sie hätten sich zu gigantischen Events entwickelt und es gebe berechnete Kritik an der Auswahl der Austragungsorte. Nun könne man in die „Abwehrecke“ gehen und zusehen, wie zunehmend Länder mit fragwürdigen Gesellschaftsmodellen den Zuschlag erhalten. Die Alternative sei, dass in Deutschland die Voraussetzungen für eine Austragung geschaffen werden.

Obwohl die AfD nicht Mitinitiatorin des Antrags war, begrüßte der AfD-Abgeordnete Thomas de Jesus Fernandes das „gemeinsame Anliegen ausdrücklich“. Seine Partei setze sich stets dafür ein, dass die olympischen Stützpunkte in MV erhalten bleiben. Dem Sport komme als verbindendes gesellschaftliches Element eine besondere Bedeutung zu.

Olympische Spiele könnten einen Schub für den Nachwuchssport oder das gesellschaftliche Miteinander auslösen, sagte Wolfgang Waldmüller (CDU). Sie könnten auch ein Motor für Infrastruktur und Sportförderung sein und seien ein wesentlicher Faktor für die wirtschaftliche Entwicklung.

Henning Foerster (DIE LINKE) wies auf die Möglichkeit hin, dass eine Bewerbung für das Jahr 2036 in Betracht komme – also genau 100 Jahre nach den von dem NS-Regime ausgerichteten Spielen. Er sehe darin die Chance, das andere, moderne und weltoffene Gesicht Deutschlands zu präsentieren.

Hannes Damm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) verwies darauf, dass der Grundsatz der Nachhaltigkeit als Bedingung im Antrag stehen müsse. Die Bewerbung sei für seine Partei eine Verpflichtung zum Umweltschutz, dem Einsatz erneuerbarer



Foto: nordreport

er Energien und dem Schutz der Ökologie rund um die Sportstätten.

„Großveranstaltungen im Sport ziehen nicht nur Sportfans an, sondern bringen auch wirtschaftliche Vorteile mit sich“, sagte Sandy van Baal (FDP). Sie förderten den Tourismus, stärkten die lokale Wirtschaft und seien ein gutes Marketingmittel. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Antrag von SPD, CDU, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP - Drucksache 8/3616

Hochwertige Geburtshilfe soll gesichert werden

■ Um in MV eine hochwertige und gut erreichbare Geburtshilfe und Kindermedizin zu gewährleisten, wollen SPD und DIE LINKE die Empfehlungen der Gesundheitskommission Schritt für Schritt umsetzen. So sollen in jeder Geburtsklinik Stellen für Babylotsen eingerichtet werden, die angehende Eltern beraten, sagte Christine Klingohr (SPD). Zudem sollen die Sektorengrenzen zwischen ambulanter und stationärer Versorgung durchlässiger werden.

Wie Gesundheitsministerin Stefanie Drese (SPD) ausführte, beinhaltet das Ziel für die Ausgestaltung der Geburtshilfe und Kindermedizin umfangreiche Themenbereiche. Dazu gehören auch, in bevölkerungsarmen Regionen fehlende Versorgungsmöglichkeiten mit der Telemedizin auszugleichen.

„Geburtskliniken und Frühchenstationen gehören für uns wie Feuerwehren zur Daseinsvorsorge“, sagte der AfD-Abgeordnete Thomas de Jesus Fernandes. Feuerwehren seien auch nicht an Fallzahlen gekoppelt. Sie seien da, auch wenn es nicht brennt, sie könnten aber helfen, wenn es brennt.

Für Katy Hoffmeister (CDU) bleiben im Antrag der Koalitionsfraktionen eine Menge Fragen offen. Zudem sei es wenig

sinnvoll, die Maßnahmen zur Geburtshilfe zu beschließen, ohne die konkreten Auswirkungen der noch ausstehenden bundesweiten Krankenhausreform zu kennen.

Torsten Koplín (DIE LINKE) lobte die Arbeit der Gesundheitskommission. „Sie hat progressive Arbeit geleistet.“ Obwohl die Mitglieder gegensätzliche Interessen vertreten, hätten sie die Interessen der Menschen in MV im Blick gehabt. Sie seien über ihre Schatten gesprungen, auch wenn unerfüllte Erwartungen geblieben wären.

Dr. Harald Terpe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) kritisierte, dass die Babylotsen zum falschen Zeitpunkt ins Geschehen eingreifen. So träten bei Schwangeren weit vor der Geburt Fragen an sich selbst oder die Umgebung auf. „Dort muss das Case-Management ansetzen und nicht rund um die Geburt.“

Barbara Becker-Hornickel (FDP) verwies auf die Kritik des Hebammenverbandes und Landesfrauenrates an dem Antrag. Dieser sei wenig ambitioniert. Damit werde es nicht möglich sein, die dringend notwendigen Veränderungen für eine zukunftsfähige Geburtshilfe im Sinne von Frauen und Familien anzugehen. Der Antrag wurde mit den Stimmen von SPD und DIE LINKE und Enthaltung der übrigen Fraktionen angenommen.

Antrag der Fraktionen der SPD und DIE LINKE - Drucksache 8/3619

Weniger Bürokratie in Landwirtschaft gefordert

■ Nicht nur wegfallende Subventionen, auch die zunehmende Bürokratie für Dokumentationen, Nachweispflichten und Anträge lastet schwer auf den Landwirten. Sie fühlen sich bevormundet, fachlich nicht geschätzt und bis ins letzte Detail kontrolliert, zeigte die FDP auf. Grundlegendes Problem sei der Fokus auf die Steuerung von Prozessen statt auf Ergebnisse. Daher wartete die FDP mit einem ganzen „Katalog an Vorschlägen“ auf, damit der versprochene Bürokratieabbau „endlich Form annimmt“.

DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN rieten, die abschließende Bearbeitung der fast 200 Vorschläge der Agrarministerkonferenz zum Bürokratieabbau abzuwarten.

Innenminister Christian Pegel (SPD) betonte in Vertretung für Dr. Till Backhaus, wie „extrem wichtig“ der Regierung der Bürokratieabbau sei. Der Minister könne nicht auf alle FDP-Vorschläge eingehen, erläuterte aber, woran gearbeitet werde. Die AfD erinnerte daran, dass die Vorschriften vom Landwirtschaftsminister mitentwickelt wurden. Vieles davon seien nutzlose „Datenkraken“, da die Informationen gar nicht ausgewertet würden.

Die Bürokratie betreffe die Ebenen EU, Bund und Land, hob die CDU hervor. Eine wirksame Deregulierung müsste darum auch weitere Wirtschaftsbereiche einbeziehen.

DIE LINKE könne einigen Punkten inhaltlich folgen, anderen nicht. In den „aktuellen Dialog mit dem Bund“ jetzt einzugreifen, wäre „kontraproduktiv und störend“. Da in der Landwirtschaft zunächst die Wirtschaftlichkeit im Mittelpunkt stehe, argumentierte die SPD, honorierten Regeln ökologische Leistungen, die dann zusätzliches Geld einbrächten.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dankte für den Antrag, lehnte ihn aber ab. Denn die jahrelang verursachten Umweltprobleme durch Landwirtschaft können nicht ausgeblendet werden. Gerade deshalb gebe es diese Dokumentationspflichten. CDU und AfD gaben der FDP ein Ja. Mit den Stimmen von DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde der Antrag jedoch abgelehnt.

Antrag FDP
Drucksache 8/3604

Kein Extra-Fonds für Kriegsdenkmale

■ In MV gibt es mehr als 750 Denkmale und Erinnerungsstätten für Opfer bewaffneter Konflikte. Sie seien geschichtliche Zeitzeugen und Orte des Gedenkens häufig aber im schlechten Zustand, sorgte sich die AfD. Darum schlug die Fraktion ein auf zwei Jahre begrenztes Landesprogramm mit jährlich 3 Millionen Euro vor. Denn oft griffen für den Erhalt und die Pflege der Bauten die Möglichkeiten der Bundesmittel nicht. Besonders „privaten Initiativen“ oder „engagierten Dorfvereinen“ fehlten Mittel für Recherchen, um die unzähligen gestorbenen Soldaten des Zweiten Weltkrieges „aus der Anonymität“ zu holen. Das Denkmal-

schutzgesetz verpflichtete Eigentümer von Denkmalen zu deren Erhalt, erklärte Wissenschaftsministerin Bettina Martin (SPD). Dafür stelle das Land Mittel bereit. Zwischen 2010 und 2022 sei kein Denkmal verloren gegangen. Der Antrag „suggeriere“ daher ein nicht existierendes Problem.

In vielen Kirchen hingen Namenstafeln gefallener Soldaten, berichtete die CDU. Hier würden aufgestockte Kirchensanierungs- oder Denkmalfonds dem Zweck besser dienen.

DIE LINKE befürwortete eine „umfassende und repräsentative Erinnerungskultur“ statt der „begrenzten Sichtweise der AfD“.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wandte sich gegen „jede Glorifizierung, Verharmlosung und Idealisierung“ von Krieg ohne die „notwendige historische Einordnung“. In der jetzigen Finanzsituation 3 Millionen Euro zu fordern, ginge an der Realität vorbei, entgegnete die FDP der AfD. Zudem bewiesen gepflegte Mahnmale überall im Land, dass dieser Antrag entbehrlich sei.

Der Erhalt der zumeist in der Weimarer Republik errichteten Denkmale sei damals wie heute als „Bürgeraufgabe“ angenommen worden, zeigte die SPD auf. Jede Generation müsse entscheiden, „wie sie sich an Krieg und Frieden, Diktatur und Widerstand erinnern möchte“. Ein staatliches Förderinstrument könne dabei „kontraproduktiv“ wirken.

Dem Antrag stimmte nur die AfD zu, alle anderen Fraktionen lehnten ab.
Antrag AfD
Drucksache 8/3602

Landesweites Carsharing beabsichtigt

■ Carsharing in MV funktioniert gut in Rostock und Greifswald. Auch in anderen Bundesländern mit deutschlandweit insgesamt 5,5 Millionen Carsharing-Nutzern funktioniert dieses spezielle Mobilitätskonzept. Aber generell ist die ländliche Struktur für gewerbliche Anbieter nicht profitabel, so die Einschätzung des Wirtschaftsministeriums. Dennoch zeigte sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN überzeugt, Carsharing könne auch in MV erfolgreich laufen. Daher wollte die Fraktion eine Prüfung, wie Carsharing beziehungsweise dessen Alternativen Dorfauto oder Bürgermobil auf dem Land und in Kleinstädten angeboten werden können. Mit einem Modellprojekt, gezielter Beratung und Anschubfinanzierung würde Carsharing auch in MV mehr Fuß fassen und den „Mobilitätsmix“ ergänzen. Das Carsharing-Gesetz gelte seit 2021, führte Wirtschaftsminister Reinhard Meyer (SPD) aus. Allerdings bestätigte eine Evaluierung vergangenes Jahr, dass es in MV „keine Marktrelevanz“ für Carsharing gebe. Die Landesregierung bleibe bei ihrer Priorität für den ÖPNV.

Die geringe Nachfrage im ländlichen Raum „spricht eine deutliche Sprache“, unterstrich die AfD. Subventionierte Projekte statt freien Markts lehne die Fraktion ab. Die Erwartungen an das Carsharing hätten sich nicht erfüllt, betonte DIE LINKE. Für die ländlichen Regionen biete der Rufbus eine sozial gerechtere Lösung.



Foto: nordreport

Die Verkehrsgesellschaft Ludwigslust-Parchim bietet ein Rufbus-Angebot an.

Die CDU verteidigte das Ansinnen und fand die „grundsätzliche Abwehrhaltung“ in der Debatte „sträflich“. Denn eine „wirkliche Mobilitätsoffensive“ müsse breit aufgestellt werden.

Auch die FDP ging nicht über „die Brücke“, die der Antrag bauen wolle. Die aufgemachten Forderungen benötigten Ressourcen, die dann an anderer Stelle fehlten.

Ein Antrag mit „viel gutem Willen“, aber „wenig Verständnis“ für die Situation auf dem Lande, urteilte die SPD. Sie empfahl, den Antrag zurückzuziehen und das Gespräch mit den Lokalen Aktionsgruppen zu suchen. Der Antrag wurde bei Zustimmung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU und mit dem Nein aller anderen Fraktionen abgelehnt.

Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 8/3621

Maßnahmen gegen Krise in der Bauwirtschaft

Die CDU-Fraktion hat die Landesregierung aufgefordert, der Krise in der Bauwirtschaft entgegenzutreten. Wie Marc Reinhardt (CDU) sagte, ist die Zahl der Neubaugenehmigungen im Jahr 2023 gegenüber 2022 um knapp 60 Prozent gesunken. „Wir brauchen eine grundlegende Trendwende im Wohnungsbau für MV.“ So müssten die Bau-

vorschriften verringert und die Genehmigungsverfahren beschleunigt werden.

Die Ziele Bauen und bezahlbares Wohnen seien seit 2017 von der Landesregierung durchgängig verfolgt worden, betonte Bauminister Christian Pegel (SPD). „Mit der Förderung im Jahr 2024 haben wir einen Spitzenwert von 114 Millionen Euro erreicht.“ Zu jeweils 50 Prozent gingen diese Gelder in den Neubau und in Modernisierungsmaßnahmen. Dies sei die höchste Förderkulisse in den vergangenen 15 bis 20 Jahren.

Stephan Reuken (AfD) kritisierte den CDU-Antrag, der seiner Ansicht nach fundamentale Prinzipien der Marktwirtschaft missachte, da er umfangreiche staatliche Eingriffe und finanzielle Unterstützung vorsehe. Das führe zu einem weiteren Anstieg der Bürokratie. Ein echter Wandel sei nötig, der es Familien und Investoren ermöglicht, einfacher und kostengünstiger zu bauen.

Die Ursachen der Baukrise lägen maßgeblich nicht in Deutschland oder gar MV, stellte Daniel Seiffert (DIE LINKE) fest. Die Folgen der Pandemie und des Ukraine-Krieges zeigten sich in hoher Inflation und einer rasanten Zinserhöhung. Er betonte, dass die Landesregierung ihre Hausaufgaben gemacht habe. Noch nie seien so viele Mittel in die soziale Wohnraumförderung oder den Schulbau gesteckt worden.

Hannes Damm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zeigte sich erfreut, dass sich nun auch die CDU mit dem Thema Bauen auseinandersetze. So begrüßte er die vorgeschlagene Vereinfachung des Bauens im Bestand. Er kritisierte jedoch, dass die CDU die Schaffung von Wohnraum gegen den Klimaschutz ausspiele. „Dabei sind das überhaupt keine Gegensätze.“

„In MV sind wir bislang weitgehend verschont geblieben von den Querelen in den großen Metropolen“, sagte David Wulff (FDP). Er lobte den marktwirtschaftlichen Ansatz im CDU-Antrag. Jedoch könne beim Thema Genehmigungs- und Planungsprozesse noch viel gemacht werden. So sei der digitale Bauantrag noch immer nicht flächendeckend eingeführt worden.

Rainer Albrecht (SPD) betonte, dass im Bundesbauministerium an der Planungs- und Genehmigungsvereinfachung intensiv gearbeitet werde. So sei bereits der genehmigungsfreie Ausbau von Dachgeschossen vorgesehen, bei gleichzeitigem Entfall von zusätzlichen Stellplätzen. Diesen Punkt habe die Landesregierung bereits aufgenommen und beschlossen. Der Antrag der CDU wurde bei Ablehnung von SPD, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Enthaltung von AfD und FDP sowie Zustimmung der CDU abgelehnt.

Antrag der Fraktion CDU
Drucksache 8/3613

Landtag trauert

Foto: privat



Landtag würdigt ehemaligen Präsidenten des Landesverfassungsgerichtes, Dr. Gerhard Hückstädt, mit Schweigeminute

Der ehemalige Präsident des Landesverfassungsgerichtes, Dr. Gerhard Hückstädt, ist am 29. März 2024 im Alter von

80 Jahren verstorben. Er kam im Februar 1991 aus Schleswig-Holstein, wo er zuletzt als Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht tätig war, nach Mecklenburg-Vorpommern. Hier übernahm er das Amt des Präsidenten am Bezirksgericht Rostock. In dieser Funktion hat er maßgeblich daran mitgewirkt, eine funktionstüchtige und rechtsstaatliche Justiz im Land aufzubauen.

Anfang 1992 wurde Dr. Hückstädt zum Präsidenten des Landgerichtes Rostock ernannt. Dieses Amt übte er bis 2009 aus. 1995 wurde er vom Landtag Mecklenburg-Vorpommern für zwölf Jahre zum Präsidenten des Landesverfassungsgerichtes gewählt. Das Landesverfassungsgericht hat unter seinem Vorsitz viele Entscheidungen getroffen, die nicht nur das Land nachhaltig prägten, sondern auch bundesweit Beachtung fanden, wie zum Beispiel das Urteil zur Kreisgebietsreform im Jahr 2007.

Dr. Hückstädt hat die Rechtsprechung in Mecklenburg-Vorpommern maßgeblich mitgeprägt und sich für eine bürgernahe und verständliche Justiz eingesetzt. Ihm ist es zu verdanken, dass die professionelle gerichtliche Mediation in Mecklenburg-Vorpommern auf den Weg gebracht worden ist.

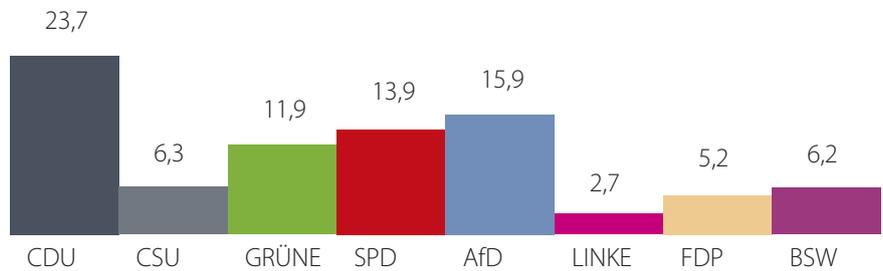
„Dr. Hückstädt war fest verwurzelt in unserem Land. Er genoss sowohl in der Justiz als auch in der Politik und in der Gesellschaft großes Vertrauen. Wir werden Dr. Hückstädt ein ehrendes Andenken bewahren. Unser tiefes Mitgefühl gilt seiner Familie“, würdigte Landtagspräsidentin Birgit Hesse Dr. Hückstädt im Vorfeld der Schweigeminute am 24. April.

Europawahl 2024

Die Verteilung der 96 deutschen Sitze im Europaparlament

Vorläufiges Ergebnis | Stand: 10.6.2024 13:30 Uhr
Quelle: Die Bundeswahlleiterin

Mehr als 350 Millionen Menschen aus 27 Ländern haben bei der Europawahl 2024 über die künftigen Macht- und Mehrheitsverhältnisse im Europaparlament entschieden. In Deutschland lag die Wahlbeteiligung bei 64,8 Prozent.



Grafik: Uwe Sinnecker

Deutschland stehen 96 der 720 Sitze im Europaparlament zu. Wie diese Sitze verteilt werden, darüber haben die deutschen Bürger am 9. Juni 2024 entschieden. Bundesweit kann die Union den Wahlsieg beanspruchen: CDU/CSU sind mit klarem Vorsprung stärkste Kraft. Die Christdemokraten und ihre bayerische Schwesterpartei kamen demnach zu-

sammen auf 30,0 Prozent der Stimmen. Im Vergleich zur Europawahl 2019 erzielte die Union damit einen leichten Zuwachs. Zweitstärkste Kraft in Deutschland ist die AfD mit 15,9 Prozent. Der Zuwachs zur vorausgegangenen Europawahl liegt

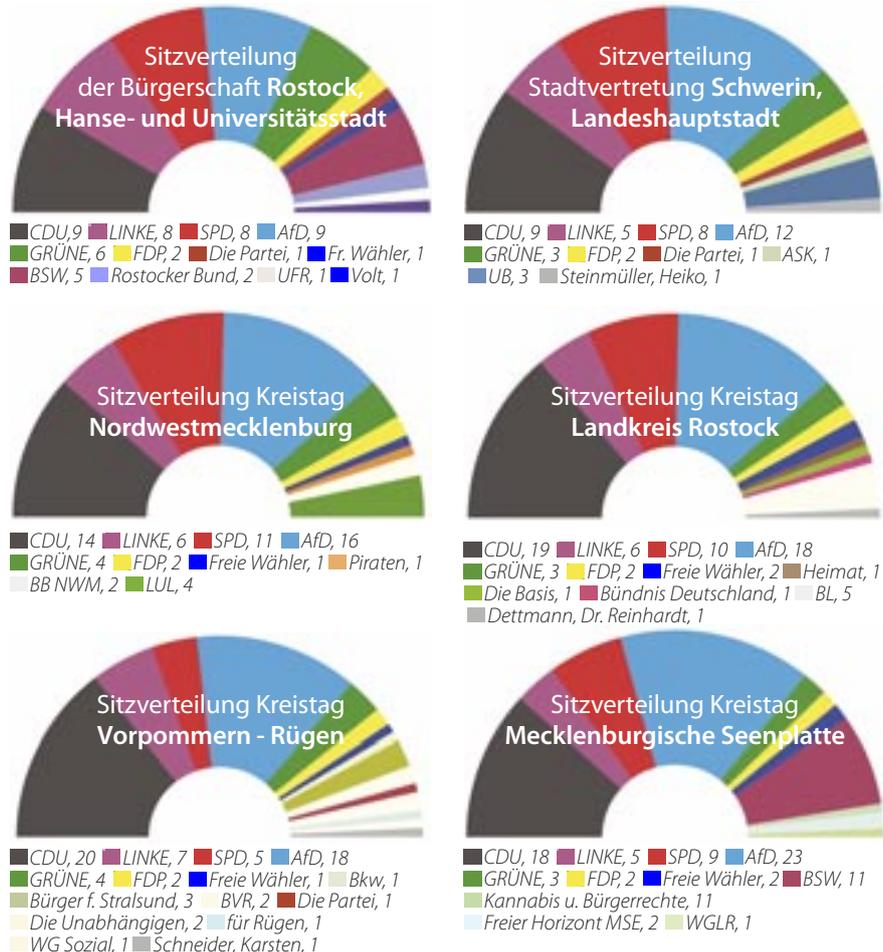
hier bei plus 4,9 Punkten. Die Grünen kamen auf 11,9 Prozent (minus 8,6 Punkte) und die FDP auf 5,2 Prozent (minus 0,2 Punkte). Die SPD erreichte 13,9 Prozent. Die neugegründete Partei BSW kam bundesweit auf 6,2 Prozent, während die Linke 2,7 Prozent erreichte.

Gut zwei Drittel der Wahlberechtigten in Mecklenburg-Vorpommern stimmten über die Besetzung der Kreistage in den sechs Landkreisen sowie in der Stadtvertretung in Schwerin und in der Bürgerschaft in Rostock ab.

Kommunalwahl MV

Vorläufige Ergebnisse der Kreistagswahlen

Sehen Sie in den folgenden Grafiken die Sitzverteilung in den jeweiligen Kreisen und kreisfreien Städten.



Quelle: Die Wahlleitung, Landesamt für innere Verwaltung



Fotos: Uwe Sinnecker

Jan-Phillip Tadsen (AfD) richtet seine Frage an Innenminister Christian Pegel.

Der Donnerstag einer Landtags-Sitzungswoche beginnt in der Regel mit der Befragung der Landesregierung. Hierfür benennen die Abgeordneten, die eine Frage stellen wollen, im Vorfeld den Geschäftsbereich sowie das jeweilige Themengebiet ihrer Frage. Somit haben die betreffende Ministerin oder der betreffende Minister die Möglichkeit, sich vorzubereiten. Die tatsächliche Frage stellt ihnen der oder die Abgeordnete im Rahmen der Fragestunde.



Jan-Phillip Tadsen (AfD)

und dass es, wenn sie dann trotzdem nach Deutschland kommen, die Möglichkeit gibt, eine sogenannte Rücküberstellung, ein Übernahmemeersuchen an andere Staaten zu stellen und dann auch den Verfahrensvorgang dort zu absolvieren.

Nun gibt es Kritik von kommunaler Seite, von Verantwortungsträgern, von Personen aus der Verwaltung, wo uns auch mehrfach zugetragen worden ist, dass es vor diesem Hintergrund ein Problem darstelle, dass Dublin-Fälle, sogenannte Dublin-Fälle, von Landesseite aus der Erstaufnahmeeinrichtung in die Kommunen verteilt werden. In Ihrer schriftlichen Antwort zu unserer Frage in der letzten Plenarsitzung haben Sie gesagt, dass nach Ihrer Auffassung, nach Ihrer Einschätzung die Verteilung auf die Kommunen nicht negativ beeinflusst werde in Bezug auf Dublin-Verfahren. Nun kann man aber zugleich feststellen, dass bei 1.439 Übernahmemeersuchen, die letztes Jahr, 2023, gestellt worden sind, nur 52 erfolgreich waren, und man muss auch feststellen, dass das

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ja ganz entscheidend dafür zuständig ist, diese Koordination eines Rückübernahmeprozesses zu vollziehen, dass dort ja auch ein Zeitfaktor besteht, dass man innerhalb von sechs Monaten genau dieses umsetzen muss.

Meine Frage deshalb an Sie, Herr Minister: Bleiben Sie dabei, dass die Gründe des Scheiterns, zum Beispiel Untertauchen, nicht angetroffen oder auch organisatorische Gründe mit Blick auf Ausländerbehörden, nicht doch dazu führen sollten, dass man das verstärkt in der Erstaufnahmeeinrichtung konzentriert behält, damit man dort entsprechend die Fälle effektiver durchführen kann?

Minister Christian Pegel:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bleibe in der Tat mit den Kolleginnen und Kollegen bei der Antwort, die wir Ihnen auf die Frage schriftlich gegeben haben. Hintergrund ist, dass wir ganz unterschiedliche Laufzeiten bei Dublin-Verfahren haben.

Die Vorgehensweise ist ja, dass das Bundesamt in der Tat dann an das Land, in dem das erste Mal EU-Boden betreten worden ist, ein entsprechendes Rücknahmemeersuchen richtet, und diese Behörde arbeitet

Jan-Phillip Tadsen, AfD:

Umgang mit untergetauchten Geflüchteten

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Minister! Schönen guten Morgen! Wir haben erneut das Thema Dublin-Fälle, die auf die Kommunen verteilt werden, hier heute in der Fragestunde als Thema auf die Tagesordnung gesetzt. Das hatten wir bereits in der letzten Fragestunde, da konnte ich die Fragen nicht stellen. Sie wurden dann zwischenzeitlich schriftlich von Ihnen beantwortet.

Für die Zuhörer vielleicht noch mal in Erinnerung gerufen, die Dublin-Verordnung besagt, dass Personen, wo sie zuerst europäischen Boden oder EU-Boden betreten, dort in der Regel auch ihren Asylantrag stellen sollen,



Jan-Phillip Tadsen (AfD)

dann, fragt bei uns Dinge ab und Ähnliches. Das sind alles Dinge, die das BAMF bearbeitet, wo ich den Flüchtling in der Regel nicht für benötige.

Was wir den Kommunen zugesagt haben und einhalten, ist, dass wir den Flüchtling zwölf Wochen lang in der Erstaufnahmeeinrichtung behalten, und das ist der Zeitraum, in dem das BAMF typischerweise genau wie wir alle erforderlichen Direktkontakte voraussetzenden Verwaltungsvorgänge vornimmt. Zu gut Deutsch, er wird entsprechend erfasst, er wird mit Fingerabdrücken aufgenommen, es wird mit ihm das Interview geführt, das das BAMF führen muss, es wird im Zweifel die zweite Anhörung durchgeführt. Alles, was ich also brauche, um den Beteiligten in Kontakt zu haben, soll in diesen ersten zwölf Wochen erfolgen. Und dann sind es verwaltungsinterne Vorgänge, bei denen der Flüchtling selbst nicht mitwirkt, sondern die Verwaltungsmitarbeiterinnen und Verwaltungsmitarbeiter. Und an der Stelle überstellen wir dann tatsächlich, wenn die zwölf Wochen abgelaufen sind, in die jeweiligen Gemeinschaftsunterkünfte. Da sind die Beteiligten gleichermaßen in einer entsprechenden Gemeinschaftsunterkunft untergebracht.

Die Annahme – das ist ja eine Kausalitätsvermutung –, die Annahme, dass sie in der Erstaufnahmeeinrichtung nicht untertauchen würden, wenn man ihnen ankündigt, nächste Woche geht es zurück nach Schweden, Polen, Italien, wo auch immer hin, dass sie das aber in einer Gemeinschaftsunterkunft tun, finde ich nicht besonders naheliegend. Wenn jemand diese Untertauchabsicht hat, wird er sich von der Einrichtung, in der er untergebracht



Innenminister Christian Pegel

ist, davon nicht abhalten lassen.

Und auch das gehört vielleicht zur Vollständigkeit der Darstellung dazu, die Rahmenbedingungen, in denen ich mich dort aufhalte, sind identische. Ich bin also gleichermaßen nicht in einer gefängnisähnlichen Situation, sondern genieße Freizügigkeit, kann mich außerhalb der Einrichtung bewegen. Die Unterschiede sind an der Stelle also nicht gegeben, sodass ich da keine Kausalität für Ihre Annahme sehe.

Jan-Phillip Tadsen, AfD:

Nun kann man natürlich trotzdem auch die Kausalität einer Arbeitsbelastung von Behörden versuchen damit zusammenzubringen, was in Bezug auf diese vielen scheiternden oder nicht erfolgreichen Maßnahmen derzeit empirisch zu sehen ist. Sie haben ja Ausländerbehörden auf kommunaler Ebene, die dann in den Verwaltungsvorgang eingebunden sind, aber Sie haben ja auch eine Landesausländerbehörde, nämlich das Landesamt für innere Verwaltung.

Würden Sie denn, wenn man mal die Kritik der Kommunen jetzt noch mal hier in die Diskussion mit hineinbringt, es denn zugestehen, dass die Arbeitsbelastung der kommunalen Ausländerbehörden sehr hoch ist? Und wenn das so ist, wäre es dann nicht ein Angebot des Landes, verstärkt Kapazitäten auf Landesebene in diesen Bereich zu ziehen, damit man diese kommunale Überforderung ein wenig abbauen kann?

Minister Christian Pegel:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das System der Aufteilung würde nicht bedeuten, dass die Kommunen auf einmal massiv weniger Beteiligte hätten, sondern die Frage wäre nur, ob man dann andere Beteiligte in die Kommunen schickt, weil wir die Gesamtflüchtlingszahlen zwischen Land und Kommunen aufteilen müssen, um mit unseren Einrichtungsgrößen klarzukommen, und zweitens, weil die Beteiligten entsprechende, also die Landkreise und kreisfreien Städte entsprechende Anteile an der insgesamt auf die kommunale Ebene abzugebenden Zahl von Flüchtlingen haben. Das heißt, die kriegen im Zweifel dann nicht Person A, sondern Person B, weil sie am Ende zwölf Prozent pro Jahr der Flüchtlinge, die wir nach unten verteilen, bekommen.

Zweitens. Die Ausländerbehörde selber muss diese Dublin-Verfahren weitgehend nicht führen, sondern das tut weiterhin das Bundesamt. Für uns ist entscheidend, dass wir keine Verzögerungen in den Abläufen haben. Deshalb schauen die Kolleginnen und Kollegen vor einer Verteilung in erster Linie, ob das Bundesamt signalisiert, dass ein Sachverhalt sehr zeitnah geklärt wird. Dann würden wir jemanden nicht mehr unterverteilen, wir schicken ihn nicht für drei Wochen in den Landkreis Rostock oder Vorpommern-Greifswald, wohl wissend, dass demnächst die Rückführung erfolgt. Sachverhalte, wo das Bundesamt sehr deutlich signalisiert, dass da entweder das Land das übernehmen soll oder andere Sachverhaltsgründe dafür sprechen, dass es noch länger dauert, führen dann dazu, dass wir weiterverteilen, weil wir wissen, dass wir dann immer in der Gemeinschaftsunterkunft ebenfalls genauso zugreifen können, wie wir es in der Erstaufnahmeeinrichtung können. – Herzlichen Dank!

Katy Hoffmeister, CDU:**Cannabiskonsum an öffentlichen Plätzen**

Frau Präsidentin! Herr Minister! Ich habe es höflich formuliert: „Cannabiskonsum an öffentlichen Plätzen“. Ich könnte es auch anders formulieren: „Kiffen auf Volksfesten?!“ – Fragezeichen, Ausrufezeichen! Braucht es dazu eine Verordnung des Landes, um den Kinder- und Jugendschutz sicherzustellen, ja oder nein? Wie ist die Lage aus Ihrer Sicht?

Wenn man sich das anguckt, dann gibt es einige, die sagen, das ist mit dem Bundesgesetz schon ausgeschlossen. Andere sagen, dazu braucht es eine Verordnung auf Landesebene. Und wieder andere sagen, im Zweifel kann das der Veranstalter und die jeweilige Gemeinde auch selber tun.

Wie ist denn Ihre Auffassung dazu? Bedarf es überhaupt einer Regelung und wie kann man es dann gestalten?

Minister Christian Pegel:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst hat in der Tat der Bundesgesetzgeber seinerseits Verbotsräume oder Konsumverbotsräume, Konsumdistanzen zu gewissen Räumen und Ähnliches formuliert. Wir gehen davon aus, dass mit dem Bundesgesetz hier relativ klare Regelungen getroffen sind.

Soweit Sie dann auf geschlossene Veranstaltungsformate abstellen, werden in der Tat die jeweiligen Hausrechtsinhaber von der Diskothek bis hin zu denjenigen, die größere Festivitäten open air veranstalten, die Entscheidung treffen müssen, wie sie damit umgehen, immer unter der Maßgabe, dass das Bundesrecht ohnehin gilt. Ein Hausrecht kann also das Bundesrecht nicht aushebeln. Wenn ich das gegenüber einem Spielplatz tue oder einer Kindertagesstätte, bleibt die Bundesregel an



Katy Hoffmeister (CDU)

der Stelle klar. Immer dann, wenn diese Distanzen und die Bundesverbote nicht eingreifen, gehen wir davon aus, dass künftig diejenigen, die Festivitäten veranstalten, sich beim Hausrecht auch diese Frage stellen müssen.

Katy Hoffmeister, CDU:

Wir alle sehen der Hanse Sail entgegen etwa, beispielsweise, eines unserer größten Volksfeste überhaupt. Wenn Sie sagen, es gibt keinen Regelungsbedarf oder aber, der Veranstalter selbst ist dafür verantwortlich, dann ist es auch die Frage, wie das dann eingehalten werden soll und wie das dann am Ende umgesetzt werden soll. Ich gehe davon aus, dass Sie jetzt sagen würden, ja, da verweise ich mal eben wieder auf den Veranstalter.

Nichtsdestotrotz liegt das öffentliche Interesse da in erheblichem Maße auch bei Ihnen, also als Innenministerium, und die Frage ist: Wie beabsichtigen Sie, die Einhaltung dieser Verbotssituation zu kontrollieren?

Minister Christian Pegel:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst verkennen Sie nach meiner Einschätzung das Hausrecht. In der

Tat setzen wir nicht jede in der Hausordnung vorgesehene Regelung durch, sondern polizeiliche Einsätze kämen erst dann zum Tragen, wenn der Hausrechtsinhaber auf die Durchsetzung seines Hausrechtes pocht und an der Stelle dann möglicherweise auf Widerstand stößt und dann einen Verweis vornimmt, dem nicht gefolgt wird, und ich damit das erste Mal einen Straftatbestand habe, nämlich den Hausfriedensbruch, denn die Nichtbeachtung einer entsprechenden im Rahmen des Hausrechts vorgegebenen Maßgabe führt nicht automatisch zu einer Straftat. Und das wird die Maßgabe sein, unter der Kolleginnen und Kollegen der Landespolizei zum Einsatz kommen können.

Zweitens scheint mir ein bisschen verniedlicht zu werden die Situation, die Cannabiskonsum in der Vergangenheit hatte. Es wird immer so getan, als ob bisher nichts war und jetzt beginnt ein Leben. Ich bin mir ziemlich sicher, wenn wir tiefer einsteigen würden, würden wir zumindest bei den Sicherheitsdiensten – denn auf der Hanse Sail ist ja schon immer das Hausrecht über Sicherheitsdienste abgebildet worden der Universitäts- und Hansestadt Rostock –, dass die uns auch berichten könnten, dass Konsum aller möglichen Dinge, die dort möglicherweise nicht gestattet sind, in der Vergangenheit erfolgte. Dazu gehört zum Beispiel nach

Foto: Uwe Sinnecker



Constanze Oehrich (Fraktionsvorsitzende BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

meinem Kenntnisstand auch Alkoholkonsum. Ich bin offenbar nicht befugt, als Gast in die entsprechend abgesperrten Bereiche eigene Alkoholika mitzubringen. Auch dem würden die entsprechenden Sicherheitsdienste nachgehen.

Auch dann gilt, die Polizei würde das Mitbringen des Alkohols nicht verfolgen. Sie würde dann zum Einschreiten veranlasst werden können, wenn eine entsprechende Ansprache durch den Sicherheitsdienst im Rahmen des Hausrechts erfolgt, jemand, der angesprochen wird, sich dagegen entweder körperlich wehrt, also einen Angriff vornimmt, oder aber dem nicht folgt, auf ein Hausverbot dann nicht reagiert. – Herzlichen Dank!

Constanze Oehrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Anzahl Waffenbesitzkarten

Guten Morgen, Frau Präsidentin!
Guten Morgen, Herr Minister!

Aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage – ich glaube, von Abgeordneten der LINKEN – geht hervor, dass zum Stichtag 31. Dezember 2022 bundesweit insgesamt 1.051 Rechtsextremist/-innen und etwa 400 Reichsbürger/-innen und Selbstverwalter/-innen Inhaber

mindestens einer waffenrechtlichen Erlaubnis waren.

Ich frage den Innenminister: Von wie vielen Rechtsextremist/-innen, Reichsbürger/-innen beziehungsweise Selbstverwalter/-innen und Personen aus dem Phänomenbereich verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates, die in Mecklenburg-Vorpommern per 31. Dezember 2022 beziehungsweise per 31. Dezember 2023 über eine waffenrechtliche Erlaubnis verfügen und/oder über Waffen, hat die Landesregierung Kenntnis?

Minister Christian Pegel:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Verfassungsschutz, teilweise in Zusammenarbeit an den Stellen mit den Waffenbehörden, geht aus seinen Zahlen zum einen zum 12.2022/2023 von folgenden Kennzahlen aus – ich versuche dies immer zu nennen, damit man ein bisschen Vergleichsgefühl kriegt –: Bei Rechtsextremisten oder Personen, die zumindest bei uns als Rechtsextremisten erfasst sind, gehen wir Ende 2022 von 109 und Ende 2023 von 111 Personen aus, die eine Waffenerlaubnis in irgendeiner Art und Weise innehaben. Und wenn Sie dann auf die Waffenanzahl schauen, dann wiederum hat sie sich leicht reduziert. Ende 2022 waren es

286 Waffen, Ende 2023 272 Waffen.

Bei den Delegitimierern der staatlichen Institutionen verhielt sich die Zahl der waffenrechtsinhabenden Personen von 6 Ende 2022 und 5 Ende 2023 und die Waffenzahl war 35 Ende 2022 und 26 Ende 2023, hier ein leichtes Absinken, und bei den Reichsbürgern/Selbstverwaltenden war es bei den Personen, die eine Waffenerlaubnis besaßen, Ende 2022 vermutlich eine Zahl von 31 und Ende 2023 eine Zahl von 26. Bei den Waffen, die innegehabt wurden, haben wir keine Daten für Ende 2022, und für Ende 2023 gehen wir von 26 Personen und 27 Waffen aus.

Bei den Waffen muss man allerdings wissen, dass da zum Teil auch Sammler und in einzelnen Fällen sogar Waffenhändlerinnen und -händler dazwischen sein können – nicht müssen, können – und von daher die Dynamik der Waffenzahl auch darauf beruhen kann, dass derjenige, der eine Waffenerlaubnis hat, auch jederzeit eine neue Waffe kaufen oder eine veräußern kann, natürlich nur im Kreise derer, die entsprechend befugt sind. Aber vor dem Hintergrund sind da Dynamiken drin, die mit dem Stichtag nur sehr begrenzt erfasst werden. Da kann also übers Jahr eine relativ große Kurve drüber.

Constanze Oehrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Könnten Sie etwas dazu sagen, wie viele waffenrechtliche Erlaubnisse entzogen worden sind in den jeweiligen Zeiträumen?

Minister Christian Pegel:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das kann ich nicht. Sie hatten eine konkrete Frage angeregt, ich bitte um Nachsicht. Ich weiß, dass wir entzogen haben, ich weiß aber auch, dass in denen, die wir dort erfassen, zum Teil noch Beteiligte drinstecken, die ihre waffenrechtliche Erlaubnis entzogen bekommen sollten, wo aber gericht-

liche Verfahren laufen. Ich kann mich an eine größere Gruppe im Kontext des Nordkreuz-Komplexes erinnern, die vor wenigen Monaten beim Verwaltungsgericht anhängig war, da zur Entscheidung gelangt ist, nach meiner Erinnerung oder Hoffnung in die zweite Instanz wandert. Also da sind zum Teil auch Sachverhalte dabei, die im Schwange sind.

Ich kann Ihnen aber nicht sagen, wie viel wir erreicht haben. Ich weiß, dass wir regelmäßig erreichen, warne aber vor der Annahme, dass das, was wir an Senkungen haben, immer mit dem Entzug zu tun hat. Da kann es auch dahinterstehen, dass jemand, der dem Extremismusverdacht unterliegt, in ein anderes Bundesland verzieht oder aber wir ihn aus anderen Gründen als Extremisten oder Extremistin streichen. Also an den Stellen ist nicht immer klar aus den Zahlen erkennbar, was davon wirklich an waffenrechtlichen Erlaubnissen entzogen worden ist. Das sind keine statischen Zahlen, sondern hier liegen ebenfalls Veränderungen.

David Wulff, FDP:

Zeitplan IT-Sicherheitsgesetz

Guten Morgen, Herr Minister! Guten Morgen, Frau Präsidentin!

Dritter Versuch, die Frage zum IT-Sicherheitsgesetz. Wir hatten uns ja hier im Landtag eigentlich schon seit Beginn der Legislaturperiode immer wieder über das Thema unterhalten. Das wurde ja auch immer mal wieder angekündigt, dass die Landesregierung ein IT-Sicherheitsgesetz auf den Weg bringt, und meine ganz einfache Frage an der Stelle ist: Wann kommt es denn?

Minister Christian Pegel:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich würde momentan keinen Zeitpunkt versprechen, weil wir mit den Ereignissen der letzten zwei Jahre auch immer die IT-Sicherheits-



David Wulff (FDP)

experten erheblich mit herausgefordert haben. Das bedeutet immer, wenn die sozusagen ins aktive Geschäft gehen, ein Beispiel ist der Landkreis Vorpommern-Rügen, wenn bei denen ein Cyberangriff erfolgreich erfolgt, werden die Kolleginnen und Kollegen des CERT sehr stark in diese tägliche Arbeit eingebunden – was richtig ist, das ist deren Aufgabe –, und wir greifen am Ende auf immer die gleichen Beteiligten zurück.

Ich hoffe weiterhin, dass wir zum Ende dieses Jahres zumindest intern einen Entwurf haben, mit dem wir auf die weitere Reise gehen können. Die Kolleginnen und Kollegen haben auch ein Interesse daran, das formulieren sie sehr klar, sowohl aus datenschutzrechtlichen Gründen als auch bei Fragen, die zum Teil in Bürgerinnen- und Bürgerrechte eingreifen könnten, wenn man effizient Cyber-Security-Maßnahmen als Verwaltung in Kontakt auch mit den Bürgerinnen und Bürgern ergreift. Von daher haben wir ein großes Interesse, gesetzliche Grundlagen für dieses Handeln zu erlangen, aber das hängt davon ab, dass die, die es fachlich können, momentan die Luft zum Atmen bekommen, neben dem Tagesgeschäft, das, noch einmal, mit den verschiedenen Krisen, aber auch den aktuellen Ereignissen immer mal wieder durch andere Arbeit überlagert wird.

David Wulff, FDP:

[...] Also das heißt, Sie wären eigentlich auch nicht abgeneigt, um die Ressourcen ein wenig zu schonen, auch auf Zuarbeit aus dem Parlament zurückzugreifen?

Minister Christian Pegel:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Erstens. Wir haben ein Eckpunktepapier im Kabinett schon, ich glaube, in der letzten Legislatur beschlossen, das wir nach meiner Erinnerung auch mal als Drucksache zugänglich gemacht haben im Parlament. Darauf aufsetzend freuen wir uns über alles.

Zweitens. Wir werden überlegen müssen, ob wir insbesondere den juristischen Sachverstand, der für die Kolleginnen und Kollegen dann immer noch mal eine Herausforderung mehr ist, deutlich stärker von außen einkaufen müssen und sozusagen versuchen müssen, stärker ein Ideenpapier zu machen, was die Experten gut können, und dann externe Dritte bitten zu sagen, bastelt uns bitte daraus ein Gesetz, damit wir diese Aufgaben ein bisschen reduzieren können und mit den knappen Kräften und Ressourcen an der anderen Stelle sorgsam umgehen.

Laufende Gesetzgebung

Stand: 30. April 2024

Drs.-Nr.	Initiator	Gesetz	Federführender Ausschuss	Beratungsverlauf
8/1923	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Entwurf eines Siebten Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern	-	1. Lesung: 22.03.2023 Ablehnung der Überweisung
8/1938	FDP	Entwurf eines Siebten Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern	-	1. Lesung: 22.03.2023 Ablehnung der Überweisung
8/3411	AfD	Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern	-	1. Lesung: 14.03.2024 Ablehnung der Überweisung
8/3441	Landes- regierung	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesfischerei-gesetzes	Agrarausschuss	1. Lesung: 14.03.2024 in Beratung
8/3454	Landes- regierung	Entwurf eines Gesetzes über die Anpassung von Besoldungs- und Beamtenversorgungsbezügen 2024 und 2025 sowie zur Gewährung einer Sonderzahlung zur Abmilderung der gestiegenen Verbraucherpreise des Landes Mecklenburg-Vorpommern	Finanzausschuss	1. Lesung: 14.03.2024 in Beratung
8/3455	Landes- regierung	Entwurf eines Gesetzes über die Anpassung der Besoldungsstrukturen und zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften des Landes Mecklenburg-Vorpommern	Finanzausschuss	1. Lesung: 14.03.2024 in Beratung
8/3456	Landes- regierung	Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung des Sparkassengesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern	Finanzausschuss	1. Lesung: 14.03.2024 in Beratung
8/3461	Landes- regierung	Entwurf eines Gesundheitsforschungsstärkungsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern	Sozialausschuss	1. Lesung: 14.03.2024 in Beratung
8/3465	AfD	Entwurf eines Gesetzes zur Evaluation der Kinder- und Jugendbeteiligung in Mecklenburg-Vorpommern (Kinder- und Jugend-beteiligungsevaluationsgesetz – KiJuBEG M-V)	-	1. Lesung: 13.03.2024 Ablehnung der Überweisung
8/3466	AfD	Entwurf eines Gesetzes zur Integrationsförderung und Migrationsbegrenzung für Mecklenburg-Vorpommern (Integrationsförderungs- und Migrationsbegrenzungsgesetz für Mecklenburg-Vorpommern – IntMigG M-V)	-	1. Lesung: 13.03.2024 Ablehnung der Überweisung
8/3556	Landes- regierung	Entwurf eines Gesetzes zum Fünften Staatsvertrag zur Änderung medienrechtlicher Staatsverträge (Fünfter Medienänderungsstaatsvertrag)	Innenausschuss	1. Lesung: 24.04.2024 in Beratung

Drs.-Nr.	Initiator	Gesetz	Federführender Ausschuss	Beratungsverlauf
8/3577	Landesregierung	Entwurf eines Gesetzes zu dem Staatsvertrag über die Flutung der Havelpolder und die Einrichtung einer gemeinsamen Schiedsstelle zwischen den Ländern Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und der Bundesrepublik Deutschland	Agrarausschuss	1. Lesung: 24.04.2024 in Beratung
8/3600	Landesregierung	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Lehrerbildungsgesetzes	Bildungsausschuss	1. Lesung: 24.04.2024 in Beratung
8/3615	SPD, DIE LINKE	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Anpassung der Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern	Innenausschuss	1. Lesung: 24.04.2024 in Beratung

Abgeschlossene Gesetzgebung

im Plenum am 24. April 2024 entschieden | Stand: 30. April 2024

Drs.-Nr.	Gesetz	Initiator	Abstimmung im Plenum	Beschluss
8/2809	Entwurf eines Gesetzes über die Einrichtung interner Meldestellen für hinweisgebende Personen im kommunalen Bereich (Kommunales Hinweisgebermeldgesetz – KommHinMeldG M-V)	Landesregierung	1. Lesung: 14.12.2023 2. Lesung: 24.04.2024	Annahme
8/2810	Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Kindertagesförderungs-gesetzes	Landesregierung	1. Lesung: 14.12.2023 2. Lesung: 24.04.2024	Annahme
8/3388	Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Kommunalverfassungsrechts	Landesregierung	1. Lesung: 24.01.2024 2. Lesung: 24.04.2024	Annahme



Foto: Landtag MV

Die Mitglieder des Innenausschusses v.l.n.r.: Jens-Holger Schneider (AfD), Ann Christin von Allwörden (CDU), Beate Schlupp (CDU), Falko Beitz (SPD), Constanze Oehlich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN); Christian Winter (SPD), Rainer Albrecht (SPD), Christian Brade (SPD), David Wulff (FDP), Marcel Falk (SPD), Ralf Mucha (SPD), Michael Noetzel (DIE LINKE).

Besuch in Lissabon

Informationsfahrt des Ausschusses für Inneres, Bau und Digitalisierung

■ Vom 18. bis 22. März 2024 informierte sich der Innenausschuss in Lissabon insbesondere zu den Themen innere Sicherheit, Brand- und Katastrophenschutz, Migration, Digitalisierung und nachhaltiges Bauen.

Nach der Anreise begrüßte die Botschafterin der Bundesrepublik Deutschland in Lissabon, Dr. Julia Monar, den Ausschuss und erläuterte die politische Lage in Portugal. Nach dem Rücktritt des Premierministers António Costa am 7. November 2023 wegen Korruptionsermittlungen habe es am 10. März 2024 vorgezogenen Parlamentswahlen gegeben. Da bei der Wahl keine der angetretenen Parteien eine Regierungsmehrheit habe erreichen können, zeichne sich eine Minderheitsregierung der konservativen Demokratischen Allianz (AD) ab, was in Portugal aber nicht unüblich sei. Koalitionen seien hingegen weniger akzeptiert. Die politischen Unsicherheiten hätten sich aber nicht auf die wirtschaftliche Lage des Landes ausgewirkt, die derzeit gut sei. Dr. Julia Monar betonte zudem das ausgezeichnete Verhältnis zwischen Portugal und Deutschland, deren Positionen in-

nerhalb der EU zu etwa 90 Prozent übereinstimmen. Dr. Julia Monar erklärte, dass die Nelkenrevolution, die in diesem Jahr ihren 50. Jahrestag feiere, ein grundlegender politischer Umsturz in Portugal gewesen sei. Am 25. April 1974 sei die autoritäre Diktatur des seit 1933 bestehenden Estado Novo beendet und der Übergang zur Demokratie eingeleitet worden.

Am Folgetag unternahm die Botschafterin zusammen mit der Delegation eine Führung durch das Museum Aljube – Widerstand und Freiheit. Das 2015 gegründete städtische Museum ist in einem ehemaligen Gefängnis untergebracht und widmet sich dem Gedenken an den Kampf gegen die Diktatur und den Widerstand für Freiheit und Demokratie.

Im Anschluss daran fand ein Besuch bei der Nationalen Behörde für Notfall- und Katastrophenschutz (ANEPC – Autoridade Nacional de Emergência e Proteção Civil) statt. Dort erfolgte ein Austausch zum Thema Katastrophenschutz, insbesondere zu dessen Struktur und Aufstellung. Auch besondere Strategien und Szenarien in besonderen Situationen, wie etwa bei Großbränden, wurden erörtert. Dabei wurde immer wieder betont, wie wichtig die Stärkung der Resilienz sowie eine länderübergreifende Zusammenarbeit im Katastrophenschutz seien.

Der dritte Termin an diesem Tag fand bei der Polizei für Öffentliche Sicherheit (PSP – Polícia de Segurança Pública) statt. Diese zeigte eine Präsentation zu Großver-

anstaltungen und dem Weltjugendtag, der im August 2023 in Lissabon stattgefunden habe. Anlässlich des Besuchs des Papstes hätten sich 700.000 Besucherinnen und Besucher im Stadtzentrum eingefunden, was einen erheblichen Kräfteinsatz erfordert habe. Als weiterer Schwerpunkt wurde dem Ausschuss der 2023 aktualisierte Strategieplan zur Digitalisierung in der Polizei vorgestellt. Abschließend stand das Thema Personalgewinnung, insbesondere über die Hochschule für Polizeiwissenschaften, auf dem Programm.

Der Mittwoch begann mit einem Besuch der neuen Staatlichen Agentur für Integration, Migration und Asyl (AIMA – Agência para a Integração, Migrações e Asilo). Mit der Neugründung dieser Behörde solle die Umsetzung nationaler und europäischer Migrations- und Asylpolitiken in Bezug auf die Einreise und den Aufenthalt sowie die Aufnahme und Integration ausländischer Staatsbürgerinnen und Staatsbürger im Rahmen einer einzigen Verwaltungseinheit erfolgen, die einen globalen Ansatz für ihre Verwaltung verfolge. In einer Präsentation wurden dem Ausschuss das Vorgehen, die Zuständigkeiten und Strategien in diesem Zusammenhang vorgestellt.

Dann ging es weiter zum Portugiesischen Feuerwehrverband (Liga dos Bombeiros Portugueses), der im Jahr 1930 gegründet wurde und alle Feuerwehren im Land vertritt. Dort wurde der Delegation über die Organisation, Aufgaben, Finanzierung und Ausstattung der



Die Mitglieder des Innenausschusses mit der Botschafterin der Bundesrepublik Deutschland in Lissabon, Dr. Julia Monar (Mitte).

Foto: Landtag MV

Feuerwehren in Portugal berichtet. Besondere Herausforderungen stellten der Klimawandel sowie die Nachwuchsgewinnung dar. Ein Schwerpunkt des Gespräches war auch der Umgang mit Waldbränden.

Dieses Thema hat der Innenausschuss am Abend im Rahmen eines Arbeitssens mit Professor Francisco Castro Rego, Professor für Agrarwissenschaften an der Universität Lissabon, weiter vertieft. Dieser ist Fachmann für Wälder und ehemaliger Vorsitzender der „Unabhängigen technischen Beobachtungsstelle für die Analyse, Überwachung und Bewertung von Wald- und Landbränden“, die das portugiesische Parlament nach den großen Waldbränden im Jahr 2017 beraten hat. Dieser diskutierte mit den Ausschussmitgliedern über Ursachen, Prävention und Bekämpfung von Waldbränden.

Zuvor fand der Besuch bei der Europäischen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (EMCDDA) statt. Nach der Begrüßung und Vorstellung des EMCDDA wurden dem Ausschuss Politiken und Gesetzgebung bezüglich Dro-

gen in Europa und nicht-europäischen Staaten präsentiert sowie auf die Besonderheiten der portugiesischen Drogenpolitik und deren Auswirkungen eingegangen. So stellten der Besitz und Konsum bestimmter Mengen an Drogen, die als Eigenbedarf gewertet würden, in Portugal keine Straftat, sondern nur eine Ordnungswidrigkeit dar. Dies gelte auch für harte Drogen. Gleichzeitig seien die Präventions- und Beratungsmaßnahmen ausgeweitet worden. Wer mit einer solchen Menge von bis zu zehn Tagesdosen aufgegriffen werde, werde aufgefordert, eine „Kommission zur Vermeidung des Drogenkonsums“ aufzusuchen. Die Kommission führe dann mit dem Konsumenten ein offenes Gespräch, in dem beleuchtet werde, warum Drogen konsumiert würden und welche Risiken damit einhergingen. Die Kommission könne im Bedarfsfall zudem verschiedene Therapieformen vorstellen.

Am Donnerstag informierte sich der Ausschuss im Rahmen eines Besuches bei der Agentur für die Modernisierung der Verwaltung (AMA – Agência para a Modernização Administrativa) über die Digitalisierungs- und Modernisierungsstrate-

gie für die öffentliche Verwaltung Portugals. Beispielsweise seien über das Portal „ePortugal.gov“ bisher etwa 40 Prozent der öffentlichen Dienste digital konzentriert abrufbar. Dort gebe es auch eine digitale Kundenbetreuung. Ziel sei eine Erweiterung auf alle öffentlichen Dienstleistungen und insgesamt 16 Sprachen. Zudem sei der Personalausweis seit 2007 mit bestimmten Daten und Funktionen ausgestattet. Seit 2021 werde eine erneuerte Version mit weiteren Funktionen herausgegeben, die beispielsweise auch Zahlungen von Tickets und die Eröffnung eines Bankkontos über die Ausweiskarte ermögliche. Darüber könne ein mobiler digitaler Schlüssel erstellt werden, der physische Ausweise und Karten gänzlich entbehrlich mache.

Danach ging es zum städtischen Unternehmen Lisboa Ocidental SRU, wo den Ausschuss eine Präsentation zum Thema nachhaltiges Bauen in Lissabon am Beispiel der Wohnungsbaupilotprojekte Entrecampos und Marvila sowie öffentlicher Einrichtungen, wie Kindergärten, Schulen und Gesundheitszentren, erwartete. Eine Herausforderung sei neben der Energieeffizienz auch die Erdbebensicherheit der Gebäude.

Einen gelungenen Abschluss stellte der Besuch der European Maritime Safety Agency (EMSA) dar. Zuerst erfolgte eine Präsentation der Aufgaben und Fähigkeiten der Agentur im Rahmen der technischen Beratung und operativen Unterstützung für die Sicherheit und Gefahrenabwehr auf See sowie bei der Bekämpfung der Meeresverschmutzung. So sei die EMSA dazu in der Lage, über einen Satelliten innerhalb von 15 Minuten ein Foto eines beliebigen Meeresbereiches zu erstellen. Im Anschluss daran erhielt der Ausschuss die Möglichkeit einer Besichtigung der Agentur.

Am Freitag verließ die Schweriner Delegation Lissabon mit vielen spannenden Eindrücken und Anregungen im Gepäck.

Gemeinsame Sicherheit im Ostseeraum

Erste Vizepräsidentin Beate Schlupp bei der Auftaktveranstaltung für die MV-Ostseestrategie in Rostock

Fotos: Landtag MV



Erste Vizepräsidentin des Landtages Beate Schlupp



Unterstaatssekretärin im Außenministerium der Republik Lettland Ingrīda Levence

Am 15. Mai fand im Ostseestadion in Rostock das „Kick-Off-Event“ für die Strategie der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern für die Zusammenarbeit im Ostseeraum statt. Die Veranstaltung versammelte rund 170 Teilnehmende, darunter Bundestags- und Landtagsabgeordnete, Kommunal- und Regionalpolitikerinnen und -politiker, zivilgesellschaftliche Akteure und internationale Gäste.

In dem Einführungspanel, eröffnet durch die Ministerin für Wissenschaft, Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten

MV, Frau Bettina Martin, wurde die neue Ostseestrategie der Landesregierung im Kontext aktueller Krisen und Entwicklungen besprochen. Zu Beginn sprach die Unterstaatssekretärin für Europäische Angelegenheiten im Außenministerium der Republik Lettland, Frau Ingrīda Levence, über die regionale Zusammenarbeit im Ostseeraum in Zeiten geopolitischer Herausforderungen.

In ihrem Grußwort verwies die Erste Vizepräsidentin des Landtages MV, Frau Beate Schlupp, auf die Informationsreise der Ostseeparlamentarierkonferenz in die finnische Region Kainuu. Aufgrund historischer Erfahrungen sowie geographischer und gesellschaftlicher Besonderheiten hätten unterschiedliche Länder und Regionen im Ostseeraum unterschiedliche Sicherheitswahrnehmungen. Zur wahren Kooperation gehöre die Fähigkeit, einander zuzuhören, sich in die Lage des Partners zu versetzen und in der heutigen Zeit auch Verständnis für die jeweiligen Sicherheitsbedenken zu entwickeln. „Die Zeiten haben sich endgültig geändert. Die Ostsee ist leider kein Meer des Friedens mehr. Das war nicht unser Wunsch und nicht unsere Entscheidung. Doch wir müssen die Konsequenzen tragen und uns in dieser neuen unsicheren, krisenhaften und bedrohlichen Realität neu orientieren und zurechtfinden“ – so Beate Schlupp.

Tag der Menschen mit Behinderung

Expertengespräch am 17. Juli in der IHK Schwerin

Am 17. Juli 2024 führt der Landtag unter der Schirmherrschaft von Birgit Hesse als Präsidentin des Landtages den 3. Tag der Menschen mit Behinderungen durch. Dabei knüpft man ganz bewusst an die Ergebnisse des 2. Tages der Menschen mit Behinderungen an. „Im Mai 2021 ist es gelungen, Leitlinien und Forderungen zu formulieren, die der Gesellschaft und Politik in MV wichtige Handlungsempfehlungen an die Hand geben, um den Menschen mit Behinderungen ein gleichberechtigtes und inklusives Leben zu ermöglichen“, so Birgit Hesse.

Der Landtag MV hat dem Sozialausschuss im Herbst 2023 daher die Durchführung des Tages der Menschen mit Behinderungen als Folgeveranstaltung übertragen. Der Sozialausschuss hat sich entschlossen, ein parlamentarisches Verfahren in Zusammenarbeit mit dem Inklusionsförrat MV zu wählen, um dem Landtag eine Beschussempfehlung zum Stand der Inklusion im Lande vorlegen zu können. „Es ist an der Zeit zu überprüfen, ob die Hinweise der Betroffenen aus dem Jahr 2021 von der Landesregierung auch aufgenommen wurden und sich im Handeln der Politik wiederfinden“, so die Vorsitzende des Sozialausschusses Katy Hoffmeister.

Am 17. Juli 2024 kommt der Sozialausschuss in der IHK zu Schwerin zusammen, um mit 40 Expertinnen und Experten, die vom Inklusionsförrat benannt worden sind, und Vertreterinnen und Vertretern der Landesregierung die Lage der Menschen mit Behinderungen zu beraten. „Jetzt, zur Mitte der Wahlperiode, sucht der Sozialausschuss den Austausch mit den Betroffenenverbänden und der Landesregierung, um dem Landtag Vorschläge für die nächsten Schritte einer gelungenen Inklusion im Land vorlegen zu können“, so Katy Hoffmeister abschließend.

Moderne öffentlichen Verwaltung

Tilo Gundlack bei der 22. Sitzung der Fachkommission für Wirtschaft des Ausschusses der Regionen



Tilo Gundlack, MdL in der Sitzung der ECON-Fachkommission

Am 15. Mai 2024 vertrat der Abgeordnete Tilo Gundlack während der 22. Sitzung der Fachkommission für Wirtschaft (ECON) des Europäischen Ausschusses der Regionen (AdR) in Brüssel die Interessen des Bundeslandes MV.

Eine Gruppe junger Erwachsener, die im „Freiwilligen Sozialen Jahr Demokratie“ unter anderem in der Landtagsverwaltung MV tätig ist, hatte vor Ort in Brüssel Gelegenheit, die ECON-Sitzung zu verfolgen. „Es war ein sehr lohnender Besuch der jungen Menschen im Ausschuss der Regionen. Nach der Veranstaltung der ECON-Fachkommission in Wismar – hieran hatten zwei von ihnen mitgearbeitet – war das ein weiterer Schritt, um sie nach Europa zu führen. Europa ist auch für unsere jungen Menschen die Zukunft“, so der Landtagsabgeordnete Tilo Gundlack.

Die Mitglieder der ECON-Fachkommission verabschiedeten einen Stellungnahmeentwurf und debattierten jeweils über drei weitere Entwürfe im Rahmen eines ersten Meinungsaustausches.

Europäischer Verwaltungsraum (ComPact)

Die Europäische Kommission strebt mit ihrer im Oktober 2023 vorgelegten Mitteilung COM(2023) 667 eine Verbesse-



Banner zur Europawahl am EU-Parlamentsgebäude in Brüssel

rung der Kapazitäten und der Qualität der öffentlichen Verwaltungen in der EU / in den EU-Erweiterungsländern an, die neben dem verantwortungsvollen Umgang mit öffentlichen Mitteln auch für die Wahrung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie mitverantwortlich sind.

Der Mitteilung zugrunde liegt die Prämisse, dass den europäischen öffentlichen Verwaltungen bestimmte Werte, Aufgaben und ein Verständnis guter Verwaltungsführung gemein sind.

Ein Instrument für technische Unterstützung ist geschaffen worden, um die Hilfestellung für die Mitgliedstaaten bei der Konzeption und Umsetzung von Reformen fortzuführen, und es existieren verschiedene Kooperationen wie das Europäische Netz der öffentlichen Verwaltungen (EUPAN), das Netz der Direktoren von Verwaltungshochschulen (DISPA) und die Expertengruppe für öffentliche Verwaltung. So soll die Verwaltungszusammenarbeit auf der Grundlage der Entwicklung des Personals durch eine Kompetenzagenda gefördert, der digitale Wandel gestärkt und beim ökologischen Wandel vorangegangen werden.

Aus Sicht der ECON-Mitglieder sähen sich viele öffentliche Verwaltungen jedoch mit weiteren Herausforderungen konfrontiert: dem Bevölkerungsrückgang, der Abwanderung hochqualifizierter Kräfte, der Überalterung und der Schwierigkeit, junge Menschen für die öffentliche Verwaltung zu gewinnen im insgesamt härteren Wettbewerb um die verfügbaren Arbeitskräfte.

Die Mitglieder der Fachkommission ECON forderten in ihrem Stellungnahmeentwurf, die Bemühungen um eine Neubewertung und Verringerung des Verwaltungsaufwands, insbesondere für die lokale und regionale Ebene, zu verstärken. Außerdem betonten sie, dass viele ländliche Gebiete, benachteiligte Regionen und von der Nutzung digitaler Instrumente abgeschnittene Menschen aufgrund von Infrastrukturdefiziten, fehlendem Hochgeschwindigkeitsinternet oder Kompetenzlücken mit Problemen beim Zugang konfrontiert seien.

Die Bürger müssten sich demzufolge selbst bei einem zu 100 % digitalisierten öffentlichen Dienst (Ziel der digitalen Dekade bis 2030) in ihrer lokalen Gebiets-

körperschaft auf öffentliche Unterstützung als Dienstleistung von öffentlichem Interesse verlassen können.

Des Weiteren begrüßte die Fachkommission ECON den Vorschlag einer neuen Fazilität für einen Pakt zur Verbesserung der Zusammenarbeit der europäischen Verwaltungen und ihres Fachwissens (PEACE), mit dem Investitionen und Reformen der öffentlichen Verwaltungen beschleunigt werden könnten.

Die ECON-Mitglieder forderten außerdem eine ehrgeizigere Strategie, unter anderem unter Einbeziehung der subnationalen Ebenen in die Zusammenarbeit (z.B. Beamtenaustausche zwischen Partnerstädten), die auf der Straßburger Erklärung von 2022 aufbaut, in der die Mitgliedstaaten der EU ihre Bereitschaft bekundet hatten, ihre öffentlichen Verwaltungen umzugestalten, den Austausch bewährter Verfahren zu fördern und ihre Kooperation zu vertiefen.

Am 26.-27. Juni 2024 wird eine Stakeholder-Konferenz zum Thema „semantische Interoperabilität für die digitale Transformation öffentlicher Dienste“ in Brüssel stattfinden.

Besuch in Brüssel

Exkursion der Freiwilligendienstleistenden der Landtagsverwaltung

■ Vom 13. bis zum 17. Mai 2024 besuchten die Freiwilligendienstleistenden aus der Landtagsverwaltung die „Hauptstadt“ der Europäischen Union, Brüssel.

Dabei lernten sie verschiedene europäische Institutionen kennen und erforschten die Geschichte und kulturelle Vielfalt Europas.

Auf dem Programm stand zunächst ein Besuch im Europäischen Ausschuss der Regionen (AdR), wo die Funktionsweise und Bedeutung dieser Institution vorgestellt wurde. Als Vertreterin der Interessen der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften tagt sie im Plenum und in verschiedenen Ausschussformaten, den Fachkommissionen, mit unterschiedlichen thematischen Schwerpunkten.

Während ihres Brüssel-Aufenthalts hatten die FSJler die Möglichkeit, an einer Sitzung der Fachkommission für Wirtschaft (ECON), die sich mit wirtschafts- und industriepolitischen Fragen beschäftigt, teilzunehmen. In diesem Zusammenhang trafen sich die Freiwilligendienstleistenden auch mit dem AdR-Vollmitglied des Landes MV, Herrn Tilo Gundlack, und dem für den ECON-Bereich zuständigen Direktor für Legislativtätigkeit des AdR, Herrn Thomas Wobben. Beide verdeutlichten die Bedeutung des AdR als Verknüpfung der praktischen Erfahrungen der subnationalen



v.l.n.r. (1. Reihe): Lovis Block, Gregor Wolff, Finnley Stolze, Pacey Zimmermann, Greta Goede, Andrea Meyer
v.l.n.r. (2. Reihe): Ringo Wilfried Winter, Pia Walter, Tilo Gundlack (MdL), Thomas Wobben (Direktor Europäischer Ausschuss der Regionen).

Verwaltungsebenen mit den politischen Vorhaben der Europäischen Union.

Neben dem AdR besuchten die FSJler auch die Vertretung des Landes MV bei der Europäischen Union. Dort lernten sie die Tätigkeitsfelder einer Landesvertretung kennen und erfuhren, wie das Land auf europäischer Ebene agiert.

Darüber hinaus konnten die FSJler einen Einblick in die Arbeit der Europäischen Ombudsstelle, der Europäischen Bürgerbeauftragten Emily O'Reilly, erhalten. In einer Präsentation wurde die Bedeutung der Ombudsstelle als unabhängige europäische Institution vorgestellt. An sie können sich EU-Bürger niedrigschwellig wenden, wenn sie Missstände in der Verwaltungstätigkeit europäischer Institutionen ausgemacht haben.

Natürlich durfte auch ein Besuch im Europaparlament nicht fehlen: Empfangen wurde die Gruppe vom Geschäftsführer der SPD-Abgeordneten im Europaparlament Herrn Moritz Deutschmann. Dieser gab interessante Einblicke in die Arbeit des Europaparlaments und der Fraktionen.

Ein Besuch am Waterloo-Memorial rundete die politische und kulturelle Reise der Freiwilligendienstleistenden ab.

Wir bedanken uns bei allen, die mitgeholfen haben, diese Reise zu ermöglichen, vor allem durch die finanzielle Unterstützung. Hier gilt unser besonderer Dank dem Ministerium für Wissenschaft, Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten, welches die Reise im Zuge des Programms des Europagedankens und europäischer Integration ermöglicht hat.

Foto: Landtag MV

Lehrerbildungsgesetz

Anhörung zur 1. Änderung im Bildungsausschuss

■ In seiner 58. Sitzung am 30. Mai hat der Ausschuss für Bildung und Kindertagesförderung eine öffentliche Anhörung zum Gesetzentwurf der Landesregierung „Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Lehrerbildungsgesetzes“ auf Drucksache 8/3600 durchgeführt.

Ziel des Gesetzentwurfes ist es insbesondere, den Vorbereitungsdienst für Absolventinnen und Absolventen des Lehramtsstudiums so attraktiv zu gestalten, dass sie ihr Referendariat in MV absolvieren und anschließend hierzulande ihre Unterrichtstätigkeit aufnehmen.

Darüber hinaus soll mit der Novelle der Schuldienst für weitere pädagogische Fachkräfte, die multiprofessionell tätig sind, geöffnet werden, um die Schülerinnen und Schüler sowie die Lehrkräfte zu unterstützen.

Alle eingeladenen dreizehn Sachverständigen sind der Einladung des Bildungsausschusses gefolgt und haben in der öffentlichen Anhörung ihre Position zum Gesetzentwurf vorgestellt.

In der anschließenden Fragerunde haben sie sich den zahlreichen Fragen der Abgeordneten gestellt, bei denen es beispielsweise um Themen wie die Verkürzung des Referendariats, die Begleitung durch Mentorinnen und Mentoren, den Seiteneinstieg, aber auch immer wieder um die erste Phase der Ausbildung, das Studium, ging.

Die Erste Phase der Lehrkräftebildung ist nicht Teil des behandelten Gesetzentwurfes, worauf der Vorsitzende des Bildungsausschusses hinwies. Sie wird unter der Federführung des Ministeriums für Wissenschaft, Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten im Rahmen eines späteren Gesetzentwurfes geregelt. Dies wurde von einigen Sachverständigen kritisiert.



Fotos: Landtag MV

In der Hofdornitz befand sich einst die Ausstellung der Waffen und Jagdtrophäen des Großherzogs.



Die Anzuhörenden und die Abgeordneten sitzen sich im Beratungsraum "Hofdornitz" im Schweriner Schloss gegenüber.

Weitere Informationen zum Beratungsverfahren im Bildungsausschuss, insbesondere die Liste der Sachverständigen sowie die schriftlich eingereichten Stellungnahmen finden Sie online.





Die Gewinnerinnen des Landesfinales von „Jugend debattiert“ 2024.



Nach jeder Debatte durfte das Publikum ein Meinungsbild zur debattierten Frage mit pro- oder contra-Karten abgeben.

Jugend debattiert

Landessiegerinnen stehen fest

Am 30. April sind im Landesfinale von „Jugend debattiert 2024“ im Landtag die Siegerinnen ermittelt worden. Die Finaldebatten wurden im Plenarsaal ausgetragen. Während der Eröffnung würdigte die 2. Vizepräsidentin des Landtages Elke-Annette Schmidt das Engagement aller Jugendlichen, die sich an dem Format beteiligten.

Jugend debattiert findet einmal jährlich statt und ist eine Initiative unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten. Die Jury bewertet öffentlich nach den Kriterien Sachkenntnis, Ausdrucksvermögen, Gesprächsfähigkeit und Überzeugungskraft.

Die beiden Erstplatzierten beider Altersklassen vertreten Mecklenburg-Vorpommern beim Bundesfinale in Berlin.



Elke-Annette Schmidt (2. Vizepräsidentin des Landtages MV) begrüßt die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Landesfinales sowie die Gäste im Plenarsaal des Landtages.

Dies sind die Siegerinnen und Sieger von „Jugend debattiert 2024“ in Mecklenburg-Vorpommern

Sekundarstufe I

Debattenfrage: Soll die Polizei in Mecklenburg-Vorpommern flächendeckend mit Tasern ausgestattet werden?

Platz 1: **Fritzi Häcker** (Waren, Richard-Wossidlo-Gymnasium)

Platz 2: **Mathilda Kirschnick** (Neubrandenburg, Albert Einstein Gymnasium)

Platz 3: **Juno Holbe** (Wismar, Gerhart-Hauptmann-Gymnasium)

Platz 4: **Ina Brechling** (Rostock, Musikgymnasium Käthe Kollwitz)

Sekundarstufe II

Debattenfrage: Soll die Bedrohung von Amts- und Mandatsträger/innen härter bestraft werden?

Platz 1: **Nele Olk** (Gadebusch, Gymnasium)

Platz 2: **Lotta Knüppel** (Waren, Richard-Wossidlo-Gymnasium)

Platz 3: **Pia Marlene Flemming** (Wismar, Gerhart-Hauptmann-Gymnasium)

Platz 4: **Anna-Amalia Gamm** (Rostock, CJD Christophorus Schule)



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Beteiligungsprojektes „Jugend im Landtag“ mit Landtagspräsidentin Birgit Hesse, Sozialministerin Stefanie Drese und Abgeordneten des Landtages.

„Jugend rockt den Landtag“

Mehr als 50 Jugendliche bei dem Beteiligungsprojekt im Austausch mit Abgeordneten

■ Vom 16. bis zum 18. April fand im Schweriner Schloss das Beteiligungsprojekt „Jugend im Landtag“ unter dem Motto „Jugend rockt den Landtag“ statt. Gemeinsam mit dem Landesjugendring MV und dem Beteiligungsnetzwerk MV führte der Landtag im Schweriner Schloss das Jugendbeteiligungsprojekt zum 13. Mal durch. 53 Jugendliche und junge Erwachsene aus ganz MV nahmen teil.

Jeder Jugendliche hatte seine ganz persönliche Motivation bei „Jugend im Landtag“ dabei zu sein. Die 15-jährige Sarah aus Plau am See fand die Veranstaltung „Jugend fragt nach“ im vergangenen Jahr so interessant, dass Sie beschlossen hat, dieses Jahr wieder dabei zu sein. So wie Sarah empfanden das viele der Jugendlichen, die an dieser Veranstaltung teilgenommen haben. So auch der 17-jährige Maxim aus Ribnitz-Damgarten und die 10-jährige Mira aus Wismar: „Das macht hier immer voll Spaß und man kann sich immer beteiligen. Man findet neue Freunde und trifft alte Freunde wieder.“ (Maxim, 17 Jahre, aus Ribnitz-Damgarten), „Mir hat das so sehr Spaß gemacht, dass ich auch nochmal

hierhergekommen bin.“ (Mira, 10 Jahre, Wismar). Die Jugendlichen wollen was bewirken und das hat man gemerkt. Die Möglichkeit, sich mit anderen Menschen zu treffen, die sich auch in der Politik engagieren, aktiv mitzuwirken und neue Erfahrungen zu sammeln, war für Jugendliche, wie den 17-jährigen Erich aus Rostock, ein wesentlicher Antrieb. Das dann auch noch direkt beim Landtag im Schweriner Schloss tun zu können, ist für Erich eine große Ehre gewesen: „Ich finde es super, dass wir hier auch in dieser Kulisse sind, weil das ist der Ort, wo letztendlich die Entscheidungen getroffen werden. Dass man hier die Jugend einlässt und auch mal ein paar Tage teilhaben lässt, ist einfach super.“ (Erich, 17 Jahre, aus Rostock).

Ziel des Projektes ist es, die Probleme, Fragen, Ideen und Anregungen junger Menschen aus MV in den Vordergrund zu stellen. Dass junge Menschen gesellschaftliche Herausforderungen genauso wahrnehmen wie ältere Generationen, zeigte schon die Begrüßungsveranstaltung im Plenarsaal. Landtagspräsidentin Birgit Hesse und Ministerin Stefanie Drese stellten sich dort den Fragen der Ju-



Landtagspräsidentin Birgit Hesse

gendlichen. Sie wollten von den erfahrenen Politikerinnen wissen, was gegen den um sich greifenden Rechtsextremismus wirke und wie Chancenungleichheit als ein Treiber von Politikverdrossenheit entgegengewirkt werden könne.

Spannend und informativ schloss sich eine Rallye durch das Schweriner Schloss an. Dabei wurden neben historischem Wissen Einblicke in die Arbeit des Landtages vermittelt. Die anschließenden Stunden und Tage diskutierten die Teilnehmenden in verschiedenen Workshops. Themen waren unter anderem: Rechtsruck und Rechtsextremismus in der Jugend, Chancengleichheit, Jugendkulturen im Wandel und Jugendarbeit.



Auf Augenhöhe mit Abgeordneten, der Landtagspräsidentin Birgit Hesse (1. Reihe, 4. v.l.) und der Sozialministerin Stefanie Drese (1. Reihe, 3. v.l.).



Fotos: Uwe Sinnecker

Jeder Workshop bereite eine inhaltliche Präsentation zu den entwickelten Forderungen und Ideen vor.

„Was für Ideen wir zum Beispiel haben?“, „Was wir freizeitleich machen könnten?“, „Was es für Angebote geben würde, zum Beispiel in unseren Orten?“ (Gina, 15 Jahre, aus Ribnitz-Damgarten). Im Workshop „Wie tickt die Jugend heute?“ wurden folgende Fragen thematisiert: „Was den Jugendlichen wichtig ist?“, „Wie die heutzutage so sind?“, „Wie sie sich anziehen?“, „Wie die reden?“ und „Wo deren Platz in der Gesellschaft ist?“ (Sabrina, 15 Jahre, aus Röbel).

Jugend im Landtag trüge einen anderen Namen, wenn der Austausch mit den Abgeordneten an ihrer Wirkungsstätte nicht Herzstück des Projektes wäre. Bei einem Speeddating am Mittwochmorgen konnten die Jugendlichen direkt mit Abgeordneten ins Gespräch kommen. Mitglieder aller Fraktionen stellten sich den Fragen der Jugendlichen. Ein richtiges und wichtiges Format für alle Beteiligten, bei dem die Jugendlichen versuchen die Abgeordneten für junge Politik und Ideen zu gewinnen.

Weitere Austauschmöglichkeiten mit der Politik bot der am Donnerstagnachmittag stattgefundene Abschlussdialog. Christian Winter – Vorsitzender der Enquete-Kommission „Jung sein in M-V“ – betonte, dass die Gründung dieses Gremiums auf eine Forderung von Jugend im Landtag 2014 zurückgeht. Die Message: Dranbleiben lohnt sich und die Aktion #mitmischen zeigt, dass Politik nicht nur über, sondern auch mit jungen Menschen reden kann.

Dass die Veranstaltung bereits zum 13. Mal stattfand, immer im Wechsel mit dem korrespondierenden Beteiligungsprojekt Jugend fragt nach, spricht sehr dafür, dass junge Menschen dranbleiben, um mitzureden.

Ringo Wilfried Winter
(absolviert im Landtag ein Freiwilliges Soziales Jahr)



Im Schlosscafé präsentierten die Jugendlichen den Abgeordneten die Ergebnisse aus den Workshops.



Die Eröffnungsveranstaltung von „Jugend im Landtag“ findet traditionell im Plenarsaal des Schweriner Schlosses statt.

Im Workshop „Mehr als schlafen, essen und pauken – Fürs Leben lernen wir!“ fragten sich die Jugendlichen, was Lernen für sie bedeutet und wie man die Bildung verbessern kann? „Unser Ziel ist am Ende, Politikern Forderungen zu stellen, wie sie die die Bildung verbessern können.“ (Emil, 15 Jahre, aus Teterow). Beim Workshop „Rechtsruck und Rechtstextre-

mismus in der Jugend“ schauten sich Jugendliche Videos an und lasen Texte, um zu lernen, wie man sich seine eigene Meinung bildet und letztlich ein informatives Plakat gestaltet (Katrina, 13 Jahre, aus Wismar). Im Workshop „Chancengleichheit“ thematisierten die Jugendlichen, wie Menschen die gleichen Chancen in der Gesellschaft, aber auch wirtschaftlich haben können? Sie haben dafür eine Mindmap ausgearbeitet und beschäftigten sich grundlegend damit, was für sie die Utopie Chancengleichheit wäre (Gustav, 16 Jahre, aus Zarrentin)?

Beim Workshop „Öffentliche Räume für Jugendliche und Freizeitangebote“ beschäftigten sich die Jugendlichen mit Jugendclubs und den Fragen „Wie wir uns mehr freizeitleich einbringen können?“



Von der Goldenen Kuppel des Schweriner Schlosses in die Restaurationswerkstatt - der vom Gold befreite Erzengel.



Restaurator Bernd M. Helmich und Landtagsdirektor Armin Tebben vor dem Erzengel in der Werkstatt.

Werkstatt- besuch

Landtagsdirektor bei
Restaurierung des Schweriner
Erzengels vor Ort

■ Besuch beim Erzengel Michael: Landtagsdirektor Armin Tebben hat am 23. April die Berliner Werkstatt besucht, in der das Wahrzeichen des Schweriner Schlosses aktuell restauriert wird. Die 900 Kilogramm schwere Zinkgussfigur besteht aus ca. 250 einzelnen Gusselementen, die durch eine Innenkonstruktion stabilisiert werden. Die Figur war im Februar von der Prunkkuppel des Schlosses demontiert und für die Arbeiten nach Berlin transportiert worden.

Bernd M. Helmich, Inhaber der zuständigen Restaurierungsfirma, berichtete von den bisherigen und anstehenden Arbeitsschritten. Um zunächst die Schäden aus den vergangenen Jahrzehnten sichtbar zu machen, habe man die ursprüngliche Vergoldung und Beschichtung mit

einem feinen Strahlmittel entfernt. Zusätzlich sei ein 3D-Scan des Engels aufgenommen worden, um eine präzise Schadenskartierung zu ermöglichen und im Falle einer Zerstörung des Originals sogar eine Replik anfertigen zu können. Nach dem vorsichtigen Ausbessern der Risse, Fugen und beschädigten Nähte soll zudem ein Korrosionsschutz aufgebracht werden, bevor der Engel mithilfe von feinem Blattgold seine glänzende Farbe wiedererhält und auf das Schlossdach zurückkehrt. Das Gewicht des „alten“ Goldes könne übrigens kaum erfasst werden. Es sei so minimal, dass es nicht einmal den Aufwand lohne, dieses zu sammeln, so Bernd M. Helmich.

Landtagsdirektor Armin Tebben zeigte sich beeindruckt von der Arbeit, die in



der Metallrestauration geleistet wird. Die Erwartung sei groß, dass der Erzengel, der als „positives Symbol und Strahlkraft des Schlosses“ gelte, rechtzeitig bis zur Einheitsfeier am 3. Oktober nach Schwerin zurückkehrt. Er habe aber insbesondere nach dem Besuch in der Werkstatt keine Zweifel daran, dass dies gelingen werde.

Viktoria an Ort und Stelle

„Sitzende, kranzwerfende Viktoria“ im Burggarten platziert

■ Schwerin, 25.4.2024. Der Burggarten des Schweriner Schlosses ist um eine Attraktion reicher. Am 25. April übergab der Verein der Freunde des Schweriner Schlosses e.V. feierlich die restaurierte Plastik "sitzende, kranzwerfende Viktoria" an Landtagspräsidentin Birgit Hesse: „Der heutige Tag markiert die Wiederkehr der verlorengegangenen Viktoria an ihren angestammten Platz vor dem Weinlaubsaal im Burggarten.“

Die ausschließlich ehrenamtlich tätigen Mitglieder des Vereins der Freunde des Schweriner Schlosses e.V. haben hierzu einen herausragenden Beitrag geleistet. Zugleich unterstützen sie so den Antrag zur Aufnahme des Schweriner Residenzensembles in die Weltkulturerbeliste der UNESCO. Stellvertretend für alle Unterstützer und Förderer möchte ich mich bei Herrn Mathias Schott, dem Vorsitzenden des Vereins, und beim Geschäftsführenden Präsidenten des Ostdeutschen Sparkassenverbandes (OSV) Herrn Ludger Weskamp für dessen großzügige finanzielle Unterstützung ganz herzlich bedanken!

Die originale Figur von Christian Daniel Rauch (1777–1857), einst im Burggarten, ist verschollen. Dank zahlreicher Spender gelang es dem Schlossverein in den vergangenen drei Jahren, die Statue abzuformen und neu zu gießen. "Es war eine große organisatorische und kunsthandwerkliche Herausforderung", so Mathias Schott, Vorsitzender der Freunde des Schlosses e.V. "Ich möchte mich besonders bei Dr. Irmela Grempler bedanken,



Fotos: Landtag MV

Die „sitzende, kranzwerfende Viktoria“ wurde von 2021 bis 2023 rekonstruiert. Die Replik der Statue aus dem Park Sanssouci wurde in Berlin-Schöneiche abgeformt, in Bronze gegossen und matt weiß angestrichen, um, wie beim Original Marmor, zu imitieren. Der Sockel aus Sandstein wurde in Schwerin hergestellt. Die Kosten für Abformung, Guss und Sockel beliefen sich auf ca. 100.000 Euro.



Dr. Irmela Grempler (stellv. Vorsitzende des Vereins der Freunde des Schweriner Schlosses), Mathias Schott (Vorsitzender des Vereins der Freunde des Schweriner Schlosses), Birgit Hesse (Landtagspräsidentin), Kai Lorenzen (Vorstandsmitglied Sparkasse Mecklenburg-Schwerin), Stefan Sternberg (Landrat Ludwigslust-Parchim), Ludger Weskamp (Geschäftsführender Präsident Ostdeutscher Sparkassenverband), Dr. Rico Badenschier (Oberbürgermeister Schwerin)

ohne ihr Engagement wäre die Viktoria heute noch nicht wieder an ihrem Platz zu bewundern."

Das Projekt erforderte eine Koordination von Spendenaktionen und die Zusammenarbeit mit Partnern. Die Viktoria wurde zum Zweck der Restaurierung und Abformung in die Bildgießerei Seiler in Berlin-Schöneiche gebracht. Die Gießerei meisterte technische und künstlerische Anforderungen, um eine authentische Kopie zu schaffen.

Die Ostdeutsche Sparkassenstiftung gemeinsam mit der Stiftung der Sparkasse

Mecklenburg-Schwerin förderte das Projekt großzügig und ermöglichte so den Neuguss, nachdem der Verein die Abformung finanziert hatte. "Wir sind stolz darauf, ein so bedeutendes Projekt in unserem schönen Schwerin unterstützt zu haben. Die Rückkehr der sitzenden, kranzwerfenden Viktoria ist nicht nur eine Bereicherung für den Burggarten, sondern auch ein Zeichen der Wertschätzung für unser kulturelles Erbe", betonte Ludger Weskamp, Vorsitzender des Vorstandes der Ostdeutschen Sparkassenstiftung.

Abgeordnete erleben

Beim Tag der offenen Tür am 30. Juni 2024 wollen Abgeordnete mit Bürgern ins Gespräch kommen

■ Einmal die Glocke im Plenarsaal läuten oder auf einem der Abgeordnetenplätze sitzen. Beim Tag der offenen Tür im Landtag ist dies möglich und sogar gewollt. Gut 15.000 Besucher nutzen jedes Jahr diese Chance: Fraktionen kennenlernen, Abgeordnete treffen, sich über die Ausschüsse informieren oder einfach verborgene Winkel des Schweriner Schlosses entdecken. Beim Tag der offenen Tür am 30. Juni 2024 ist all dies zwischen 10:00 Uhr und 17:00 Uhr möglich. Kommen Sie vorbei!

Bühnenprogramm im Schlossinnenhof

10:45 Uhr

Freier Fanfarenzug Neubrandenburg Stadt 1980 e.V.

11:00 Uhr

Preisverleihung „Wettbewerb des Welterbevereins“

12:00 Uhr

Sinfonisches Blasorchester „Musiggs“ des Goethe-Gymnasiums Schwerin

12:30 Uhr

Gespräch mit dem Präsidium des Landtages zum Thema: „30 Jahre Landesverfassung“

13:00 Uhr

Sinfonisches Blasorchester „Musiggs“ des Goethe-Gymnasiums Schwerin

13:30 Uhr

Gespräch mit den Fraktionsvorsitzenden

14:00 Uhr

Freier Fanfarenzug Neubrandenburg Stadt 1980 e.V.

14:15 Uhr

Gespräch der Fraktionen zum Thema: „Wartezeiten beim Facharzt - Zukunft der medizinischen Versorgung in MV“

15:00 Uhr

Gitarrenduo „HansHagen“

16:30 Uhr

Verabschiedung durch die Landtagspräsidentin

Präsentationen der Fraktionen im Vorhof und Burggarten

Präsentationen der Ausschüsse

Raum 357

- 10.00 Uhr: Finanzausschuss
- 11.45 Uhr: Sozialausschuss
- 13.30 Uhr: Agrarausschuss
- 15.15 Uhr: Wissenschafts- und Europaausschuss sowie Internationale Angelegenheiten

Raum Hofdornitz

- 10.00 Uhr: Rechtsausschuss sowie Internationale Angelegenheiten
- 11.45 Uhr: Innenausschuss
- 13.30 Uhr: Bildungsausschuss
- 15.15 Uhr: Wirtschaftsausschuss

Raum 360

- Ganztägig: Petitionsausschuss

Burggarten (vor dem Weinlaubsaal)

- Ganztägig: Enquete-Kommission „Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“

Bürgerbeauftragter und Landesbeauftragter für Datenschutz

- Präsentationen in der Lennéstraße

Schlossmuseum

- ab 10:00 Uhr geöffnet, Eintritt frei
- Zugang über die rote Marmortreppe im 2. OG

Schlosskirche

- ab 10:00 Uhr geöffnet

Teepavillon

- ganztägig Führungen zum Teepavillon
- Anmeldungen am Informationsstand des Landtages (Eingang nördlicher Burggarten)

Besonderheiten im Schloss:

- Bibliothek, 1. OG
- Ältestenratzimmer, 2. OG
- Plenarsaal, 3. OG
- Präsidialbüro, 3. OG
- Neuer „Konferenzbereich“, 3. OG
- LPK-Raum, 3. OG, Präsentation der LPK
- Niklot-Statue, 4. OG
- Baustelle, 4. OG

Besonderheiten auf der Schlossinsel:

- Hüpfburg im Burggarten (beim Rosenhügel)
- ggf. Feuerwehrgewagen in der Lennéstraße zur Besichtigung
- ggf. Puppentheater für Kinder auf der Orangerie (links neben der Treppe zum Hauptturm)

Drehbrücke zum Schlossgarten

- Brückenöffnung 13:00 – 13:20 Uhr

Medaillon- und Weinlaubsaal

- ganztägige Besichtigung dieser Bereiche über den Burggarten

TAG DER OFFENEN TÜR im Landtag Mecklenburg-Vorpommern

Sonntag, 30. Juni 2024 , Eröffnung um 10:00 Uhr
(letzter Einlass 16:30 Uhr)

www.landtag-mv.de



BLICKEN SIE HINTER DIE KULISSEN IM SCHÖNSTEN LANDTAG DEUTSCHLANDS!

Plenarsaal, Büro der Landtagspräsidentin und weitere besondere Räume des Schweriner Schlosses besichtigen +++ mit Abgeordneten diskutieren +++ die Arbeit des Landesparlaments besser kennenlernen +++ Fraktionen und die Ausschüsse besuchen +++ den Bürgerbeauftragten und den Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit treffen +++ WIR-Vielfaltsmeile +++ das Schlossmuseum erleben +++ die Schlosskirche besichtigen +++ für musikalische Unterhaltung und das leibliche Wohl ist gesorgt.

Entdecken Sie das Schweriner Schloss und den Burggarten als Teil des „Residenzensemble Schwerin“ für die Bewerbung zum UNESCO-Weltkulturerbe.

Bereits am Sonnabend lädt der Verein der Freunde des Schweriner Schlosses e. V. beim Historischen Schlossfest zur Zeitreise in das 19. Jahrhundert ein, als das Schloss noch Sitz der mecklenburgischen Großherzöge war.





Am neuen Sylvia-Bretschneider-Weg in Neubrandenburg wurde am 18. April eine Gedenktafel eingeweiht, welche die Lebensleistung der 2019 verstorbenen Politikerin und ehemaligen Präsidentin des Landtages MV würdigt. Landtagspräsidentin Birgit Hesse nahm an der Einweihung teil und sprach Worte der Erinnerung:

„Fast auf den Tag genau fünf Jahre ist es her, dass Sylvia Bretschneider verstorben ist. Sie war eine mutige und entschlossene Politikerin, eine starke Repräsentantin unseres Bundeslandes wie auch ihrer Heimatregion. Sie vertrat als Landtagspräsidentin den Landtag Mecklenburg-Vorpommern innerhalb des demokratischen Gefüges unseres Landes mit Nachdruck. Während ihrer langjährigen Präsidentschaft wurde das Parlament umfassend für Besucherinnen und Besucher geöffnet, ganz besonders für junge Menschen.“

Neben ihrem großen Engagement für Mecklenburg-Vorpommern vergaß Sylvia Bretschneider nie ihre Heimatstadt Neubrandenburg. Dass die heutige Würdigung und damit auch die Schaffung eines Erinnerungsortes in unmittelbarer Nähe ihres Wohnhauses erfolgt, hat eine besondere Symbolik inne.“

75 Jahre Grundgesetz – das wurde im Landtag Mecklenburg-Vorpommern mit einem bunten Programm gefeiert! Am 23. Mai richtete die Initiative „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“ ein Bürgerfest im Schlossinnenhof aus. Beteiligt waren: die Bundeswehr, das Technische Hilfswerk, der Landesfeuerwehrverband, die Landespolizei, Ostseewelle und der Landessportbund.. Landtagspräsidentin Birgit Hesse erklärte: „Das Grundgesetz ist die tragende Säule unserer Demokratie und sichert die elementaren Rechte aller Bürgerinnen und Bürger in unserem Land. Pressefreiheit, freie Wahlen, Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte – das alles ist fest in unserem Grundgesetz verankert. Das heute zu feiern ist richtig und wichtig. Artikel 1 des Grundgesetzes, der die Unantastbarkeit der Menschenwürde festschreibt, erinnert uns stets daran, wie wertvoll und schützenswert die freiheitlich-demokratische Grundordnung ist. Denn: Demokratie ist zerbrechlich. Wie sehr, dass wussten die Mütter und Väter des Grundgesetzes aus eigener Erfahrung nur zu genau. Klug und mit Weitsicht schufen sie das Grundgesetz. Mutig und mit Entschlossenheit haben vier Jahrzehnte später die Menschen in der damaligen DDR gewaltfrei erkämpft, dass auch ihnen diese Rechte zuteilwerden. Beides gehört zum heutigen Jubiläum und verdient Respekt und Dank. Was uns heute als selbstverständlich erscheint, ist ein Privileg. Wir bewegen uns in einer Zeit, in der radikale und demokratiefeindliche Tendenzen erneut zunehmen. Dem müssen und werden wir entschieden entgegentreten. Seien wir uns stets bewusst, dass jede und jeder Einzelne aufgefordert ist, für die Werte des Grundgesetzes einzustehen.“

